



PROTOKOLL

Gemeinde
Ostermundigen

Genehmigt: 1.11.2018

GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2018/3

Datum/Zeit	Donnerstag, 28. Juni 2018, 18:00 - 23:00 Uhr	
Ort	TELL-Saal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen	
Vorsitz	Thomann Thulani (SP)	<u>1</u>
	Fredrich Bettina (parteilos)	
	Hangartner Judith (parteilos)	ab 18.09 Uhr
	Lindenmann Peter (SP)	ab 18.38 Uhr
	Mahler Rudolf (SP)	
	Nova Colette (SP)	
	Ögüt Hasan (SP)	
	Rajaratnam Saibaven (SP)	ab 18.54 Uhr
	Tanner Adrian (Grüne)	
	Weishaupt Jakob (SP)	
	Zeyer Christian (SP)	
	Zeyer Priska (parteilos)	<u>11</u>
	Buchter Yannick (SVP)	
	Friedli Hans Peter (SVP)	ab 18.10 Uhr
	Hausammann Hans Rudolf (SVP)	
	Hirsiger Ernst (SVP)	
	Müller Lucia (SVP)	ab 18.05 Uhr
	Schneiter Roger (SVP)	
	Studer Martin (SVP)	
	Weber Marlis (parteilos)	
	Wipfli Hans (SVP)	
	Zaugg Gerhard (SVP)	<u>10</u>
	Löhrrer Sandra (CVP)	
	Bolliger Renate (EVP)	
	Fels Silvia (EVP)	
	Wagner Rahel (EVP)	<u>4</u>
	Hubschmid Roger (FDP)	
	Leiser Christoph (FDP)	
	Rickenbach Rolf (FDP)	
	Walter Aliosha (FDP)	
	Weibel Tobias (FDP)	<u>5</u>
	Rüfli Roland (FORUM)	<u>1</u>
	Alberucci Luca (GLP)	
	Luyet Cédric (GLP)	
	Züllig von Allmen Dorothea (GLP)	<u>3</u>
	Bärtschi Mosimann Astrid (BDP)	
	Fiechter Beat (BDP)	<u>2</u>
	Total anwesend	<u>37</u>

3. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 28. Juni 2018

Mitglieder Gemeinderat	Iten Thomas (Gemeindepräsident; parteilos), Blaser Erich (SVP), Gasser Melanie (GLP), Panayides Aliko (SVP), Schoop Henrik (FDP), Thomann Andreas (SP), Weber Hadorn Maya (SP) sowie die Gemeindeschreiberin Steudler Barbara
Protokoll	Flück Brigitte, stv. Ratssekretärin
Entschuldigt abwesend	Mitglieder GGR: Bendoza Thomas (GLP), Toggwiler Denis (GLP) und Zysset Walter (SVP) sowie der Ratssekretär Kumli Jürg

TRAKTANDEN

120. Protokoll Nr. 2 der GGR-Sitzung vom 3. Mai 2018; Genehmigung.....	115
121. Finanzkommission; Ersatzwahl.....	116
122. Schulkommission; Ersatzwahl.....	117
123. Verwaltungsbericht 2017; Genehmigung.....	118
124. Jahresrechnung 2017; Genehmigung.....	129
125. Interne Technik - Hardware 2012; neues Beschaffungskonzept Server - Kreditabrechnung.....	135
126. Korrektur Bolligenstrasse Nord; Genehmigung eines Investitionskredits.....	136
127. Überbauungsordnung "Gartenbaubetriebe Chrüzweg"; Neubau und Sanierung Abwasserleitungen - Kreditabrechnung.....	137
128. Kinder- und Jugendpsychiatrie UPD Neuhaus: Basiserschliessung Wasser und Abwasser - Kreditabrechnung.....	138

3. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 28. Juni 2018

129. Dringliche Volksmotion betreffend Weiterführung des Gemeindeangebots an freiwilligen Lektionen für die Primar- und Sekundarstufe; Erheblicherklärung/ Ablehnung resp. Umwandlung in ein Volkspostulat.....	139
130. Überparteiliche Motion betreffend Änderung des Reglements über die ständigen Kommissionen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	154
131. Überparteiliche Motion betreffend Offenlegung des vorherigen Mietzinses: Für mehr faire und bezahlbare Wohnungen und Mietverhältnisse in Ostermundigen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	155
132. Überparteiliche Motion betreffend Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen der Gemeinde Ostermundigen aufgrund des Debakels der PVS BIO; Erheblicherklärung/ Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat	157
133. Überparteiliche Interpellation zur Liquidation der PVS BIO; schriftliche Beantwortung	161
134. Interpellation Fraktion SP/Grüne betreffend Kündigung Christophorus-Schule; schriftliche Beantwortung.....	162
135. Überparteiliche Interpellation betreffend der tiefen Sek-Quote in Ostermundigen: was kann die Gemeinde tun?; schriftliche Beantwortung	166
136. Orientierungen des Gemeinderates	168
a) Postulat FDP/FORUM-Fraktion betreffend Zusammenarbeit über die Gemeindegrenze hinaus; Verschieben der Beantwortung auf GGR-Sitzung am 23. August 2018.....	168
b) Schulraumplanung	168
137. Interpellation SVP-Fraktion betreffend Werbeflächen auf Kehrrichtfahrzeugen; parlamentarischer Neueingang.....	169

3. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 28. Juni 2018

138. Postulat SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend kulturellen Veranstaltungen in Ostermündigen; parlamentarischer Neueingang inkl. Erheblich- erklärung.....	170
139. Überparteiliche Interpellation betreffend "Aus der Vergangenheit lernen"; par- lamentarischer Neueingang	171
Pendenzenliste ab 2015	173

Anmerkung des Protokollverfassers

Die ersten 6 Minuten der Sitzung sind auf dem Tonband keinem "Sprecher" zugeordnet worden und können deshalb nicht wiedergegeben werden.

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 3. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) des Jahres 2018. Ich heisse besonders die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreter der Presse herzlich willkommen. Ich danke für das entgegengebrachte Interesse. Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist.

Ich bitte die stellvertretende Ratssekretärin Brigitte Flück um Namensaufruf.

Momentan sind 32 Ratsmitglieder anwesend und der Grosse Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

1. Auf den Tischen liegen auf:

- zu Traktandum Nr. 124: überarbeitete Jahresrechnung 2017
- zu Traktandum Nr. 126: Foto Wartehalle „Stadt Bern“ (1) und Foto Wartehalle „Wankdorf Platz“ (2)

1)

Abteilungsleiter Finanzen/Steuern Niels Arnold: Wir haben einen neuen Druck der "Jahresrechnung 2017" verteilt. Keine Angst! - Es hat sich keine Zahl verändert. In der Bilanz musste lediglich eine Umgruppierung bei der Mehrwertsteuer vorgenommen werden. Die Revisorenstelle hat auf diese Änderung (siehe Seite 74) aufmerksam gemacht.

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Weiter kann ich informieren:

2. Auf die Reservation eines Restaurants wird inskünftig verzichtet. Grund: An der letzten Sitzung hat der Ratssekretär im Restaurant „Rüti“ für 25 Personen reserviert. Lediglich 12 Personen fanden den Weg in die Rüti.
3. Die nächste Sitzung findet am 23. August 2018 bereits ab **17.00 Uhr** statt.
 - ① In meiner Angst- und Nervositätszustände tendiere ich stets zum Haspeln. Heute versuche ich, die Sitzung "gemütlich" zu leiten.
 - ① An der letzten Sitzung hat Tobias Weibel (siehe Protokoll Seite 79) auf eine Verwirrung bei der Abstimmung hingewiesen. Es ist tatsächlich so, dass wir ein Nein zum Nein abstimmen mussten, damit ein Ja entsteht. Dieser Sachverhalt war nicht korrekt, da wir über einen Antrag eines politischen Vorstosses abstimmen müssen und nicht über den Antrag des Gemeinderates an sich. Daher wird in Zukunft eine geringfügige Änderung vorgenommen.

1) 18:05 Uhr: Lucia Müller (SVP) tritt der Sitzung bei. Neu sind 33 Ratsmitglieder anwesend.

- ① In Artikel 36 Absatz 1 Geschäftsordnung des GGR wird die Reihenfolge der Rednerinnen und Redner geregelt:

Die oder der Vorsitzende erteilt bei jedem Geschäft zuerst den Berichterstattenden vorberatender Kommissionen das Wort und führt dann die allgemeine Umfrage durch.

Bei Sachgeschäften äussert sich Rahel Wagner (EVP) als Vorsitzende der Geschäftsprüfungskommission zuerst - jedoch nur dann, wenn dies explizit gewünscht wird.

2)

Traktandenliste

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Zur Traktandenliste bzw. Geschäft Nr. 136 - Orientierungen des Gemeinderates:

- a. Postulat FDP/FORUM-Fraktion betr. Zusammenarbeit über die Gemeindegrenze hinaus; Verschieben der Beantwortung auf GGR-Sitzung am 23. August 2018 - Sprecher: Thomas Iten
- b. Schulraumplanung - Sprecher: Henrik Schoop

B e s c h l u s s

Die Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

2) 18:09 Uhr: Judith Hangartner (Grüne) und

18.10 Uhr: Hans Peter Friedli (SVP) treten der Sitzung bei. Neu sind 35 Ratsmitglieder anwesend.

Persönliche Erklärungen

Rahel Wagner (EVP): Liebe Renate Bolliger, nach 16 Jahren Parlamentszugehörigkeit kannst du heute Abend die letzte GGR-Sitzung geniessen. Du wurdest im Jahre 2002 für ein austretendes Mitglied in den GGR delegiert. Im Jahre 2014 wurdest du zur Parlamentspräsidentin gewählt und hast die Sitzungen klar und kompetent geleitet. Ganz aus der Politik wirst du dich nicht verabschieden. Du wirst das Parteipräsidium neu ausüben. Damit wirst du am politischen Geschehen von Ostermundigen weiterhin teilnehmen und mitwirken. Auch wirst du weiterhin aktiv bei der Jugendarbeit - insbesondere beim Purzelbaum - mitarbeiten. In der gemeindeeigenen Kindertagesstätte "Hummelinäscht" arbeitest du mit viel Freude und Engagement für die Kinder. Durch dein vielfältiges Mitarbeiten im Gemeindegewesen hat Ostermundigen ein Gesicht erhalten, welche mit den folgenden Adjektiven umschrieben werden kann: treu, glaubwürdig, überlegt, klar und trotzdem bescheiden.

Liebe Renate, wir von der EVP/CVP-Fraktion danken dir für alles was du zugunsten der Bevölkerung getan hast und weiterhin leisten wirst. Dir gebührt ein ganz herzliches Dankeschön!

----- Applaus -----

Renate Bolliger (EVP): Wie ihr gehört habt, ist dies meine letzte GGR-Sitzung nach 16 Jahren. Ich möchte ja nicht als "Sesselkleberin" gelten. Ich werde meinen Platz freigeben für eine junge motivierte EVP-Frau, welche für mich Einsitz im GGR nehmen wird. Ich werde mich jedoch nicht aus der Politik verabschieden, ich werde als Präsidentin der EVP Ostermundigen weiterhin das Geschehen mitprägen, wenn auch aus etwas anderer Seite. Daher verabschiede ich mich nicht ganz von euch.

Diese 16 Jahre waren für mich sehr interessant, lehrreich und spannend. Eines habe ich gelernt, und zwar dass dieser Satz stimmt: *Je mehr ich weiss, je mehr weiss ich, dass ich nichts weiss...* Es gab immer wieder neues, daher waren die 16 Jahre sicher nie langweilig.

Auch war für mich die Zusammenarbeit mit euch sehr bereichernd. Auch wenn wir inhaltlich nicht immer der gleichen Meinung waren, habe ich den Kontakt mit euch sehr geschätzt.

In diesen Jahren gab es einige Höhepunkte, aber auch einige Tiefpunkte. Ein paar Mal musste ich mich wieder aufrappeln und weitermachen, aber das gehört halt zur Politik.

Ich wünsche euch allen alles Gute, weiterhin viele konstruktive Debatten und dass wir uns weiterhin gemeinsam für ein wertvolles Ostermundigen engagieren können. Danke für alles.

----- Applaus -----

Colette Nova (SP): Bei der Budgetberatung am 22. Februar 2018 ist beschlossen worden, die Sitzungsgelder für GGR-Mitglieder vom Budget 2018 zu streichen. Entsprechend sind die Sitzungsgelder nicht ausbezahlt worden. Sogar die Jahresentschädigung an den GGR-Präsidenten und an die GPK-Präsidentin sind nicht bezahlt worden – obwohl diese fixen Entschädigungen

3. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 28. Juni 2018

von diesem Budgetbeschluss gar nicht betroffen waren. Mir ist vor kurzem klar geworden, dass das illegal gewesen ist:

- ① Das «Reglement über die Entschädigung und Besoldung von Behördenmitgliedern» ist nämlich nach wie vor in Kraft.
- ① Dieses Reglement bestimmt, dass für das Präsidium des GGR eine fixe Entschädigung von Fr. 2'500.-- pro Jahr und für das Präsidium der GPK eine fixe Entschädigung von Fr. 1'000.-- pro Jahr zu bezahlen ist. Zusätzlich stehen ihnen, wie allen Mitgliedern des GGR, des Gemeinderat und der Fachkommissionen, Sitzungsgelder zu.

Wenn man diese Entschädigungen aufheben oder ändern will, dann muss man dieses Reglement ändern. Die Streichung eines Budgetpostens reicht dazu nicht. Weil das Reglement nicht aufgehoben worden ist, müssen diese Gelder nun ausbezahlt werden. Ich sage das aus zwei Gründen:

1. Einerseits müssen wir hier im GGR saubere Arbeit machen. Das war im Februar nicht der Fall. Wir GGR-Mitglieder sind „Milizler“. Fehler können passieren. Falls in der Hitze des Gefechtes vergessen geht, dass ein Budgetbeschluss gar nicht wirksam ist, weil er einem Reglement widerspricht, dann erwarte ich zudem vom GR und der Gemeindeschreiberin, dass sie uns auf ein solches Problem aufmerksam machen.
2. Andererseits hat dieser Beschluss auch harte Auswirkungen für unseren GGR-Präsidenten gehabt. Er hat seine fixe Entschädigung nicht erhalten – obwohl diese ja vom Budgetbeschluss nicht einmal betroffen war. Er hat uns – wie der schöne Brauch im GGR es will – nach dieser Budgetsitzung eingeladen. Das hat über 2'000 Franken gekostet. Die Kollekte, die die CVP-Fraktion netterweise organisiert hat, hat leider nur 725 Franken eingebracht. Thulani hat also einen grossen Batzen draufgelegt. Das darf nicht sein. Das hat mich dazu gebracht, das bewusste Reglement zu lesen und da habe ich den Fehler entdeckt.

Kurz:

Ich fordere den Gemeinderat auf, den GGR-Mitgliedern und dem Präsidenten des GGR und der GPK-Präsidentin die ihnen rechtlich zustehenden Entschädigungen – Fixum und Sitzungsgelder – auszuzahlen. Er muss dafür einen Nachkredit beschliessen.

100.3 Protokollgenehmigungen

120. Protokoll Nr. 2 der GGR-Sitzung vom 3. Mai 2018; Genehmigung

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Das Parlament wurde mit dem Protokoll bedient. Liegen Wortmeldungen zum Protokoll vor?

Rudolf Mahler (SP): Eine kleine Anmerkung zu meinem Votum aus Seite 86:

Im letzten Satz ist das Wort "Übergangslösung" zu streichen. Modulbauten sind keine Übergangslösungen, sondern absolute werterhaltende Bauten (Lebensdauer von 25 Jahren).

Cédric Luyet (GLP): Eine Textkorrektur zu meinem Votum auf Seite 85:

...GLP-Fraktion anstellen von CVP/EVP-Fraktion.

Ratspräsident Thomann Thulani (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Das Protokoll Nr. 2 der GGR-Sitzung vom 3. Mai 2018 wird genehmigt.

10.6.03 Finanzkommission
20.2.01 Finanzkommission

121. Finanzkommission; Ersatzwahl

Stimmzähler Gerhard Zaugg (SVP): Nach meinem Empfinden existiert der "31. Juni" nicht. In der GGR-Botschaft muss der "30. Juni 2018" oder der "31. Juli 2018" vermerkt sein?

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Gerhard Zaugg hat Recht. In der Botschaft liegt ein Schreibfehler vor. Richtig wäre aus der Sicht des Ratsbüros der 30. Juni 2018.

Auf Vorschlag der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Als Ersatz für den zurückgetretenen Peter Lindenmann (SP) wird Bettina Fredrich (parteilos) für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. ab dem 1. Juli 2018 bis 31. Dezember 2020 in die Finanzkommission gewählt

10.6.28 Schulkommission

122. Schulkommission; Ersatzwahl

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Auf Vorschlag der BPD/GLP-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat (GGR) einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Als Ersatz für die zurückgetretene Marianne Steiner (BDP) wird Caroline Tatschl-Schaer (BDP) für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. ab dem 1. August 2018 bis 31. Dezember 2020 in die Schulkommission gewählt.

10.1.31 Verwaltungsbericht der Gemeinde

123. Verwaltungsbericht 2017; Genehmigung

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Zuerst ist die Diskussion über die Botschaft und anschliessend über den Verwaltungsbericht zu führen. Über allfällige Postulate gemäss Artikel 53 Absatz 5 der Geschäftsordnung des GGR hat das Parlament sofort abzustimmen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich habe keine Ergänzungen zum vorliegenden Verwaltungsbericht.

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Wir beraten den Verwaltungsbericht departementsweise. Wir starten mit dem Kapitel "Behörden" bzw. beginnen mit den Seiten 1 bis 9.

Rudolf Mahler (SP): Ich möchte im Namen der Fraktion SP/Grüne und Gewerkschaften ganz herzlich für die Broschüre danken, die wir alle Jahre wieder bekommen: Für den Verwaltungsbericht.

Besonders positiv aufgefallen sind mir die Seiten 6 und 7. «Die Gemeinde in Zahlen» ist äusserst informativ und detailliert, dazu kurzgefasst und sehr übersichtlich. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass zu viel Ballast in Form von unnötigem und wenig aussagekräftigem Text den Verwaltungsbericht schwer verdaulich macht. Im Jahre 2014 hatte der Verwaltungsbericht noch über 100 Seiten, er ist 2017 schon auf 59 Seiten geschrumpft. Das ist sehr gut. Trotzdem ist immer noch Luft drin. Ich werde es euch am Beispiel der Abteilung Öffentliche Sicherheit zeigen:

- ① Seite 48 unter «1. Die Abteilung» findet man den Satz: *«Insgesamt kann gesagt werden, dass die Gemeinde Ostermundigen im Krisenfall über genügend Schutzräume für die Bevölkerung verfügt.»*

Man **kann** das sagen, **muss** aber nicht. Alles, was keinen zusätzlichen Informationsgehalt hat, muss man weglassen. So wird der Verwaltungsbericht leicht verdaulich und lässt sich ohne Magenschmerzen geniessen.

Alles, was auf diesen zwei Seiten 48 und 49 angemalt ist (die zwei Seiten der Abt. Öffentliche Sicherheit im Verwaltungsbericht), kann man gleich gut, detaillierter und übersichtlicher auf den Seiten 6 und 7 nachlesen. Dann hätte alles, was hier gesagt werden muss, leicht auf einer Seite Platz. Für den Rest kann man auf die Seiten 6 und 7 verweisen.

- ① Zu den Motionen, abschreiben oder nicht?

Wenn ich bereits da vorne stehe, möchte ich, um Zeit zu sparen, gleich auf die Seite 13 des Verwaltungsberichts wechseln, wenn der Ratspräsident erlaubt?

In der Parlamentssitzung vom 13. September 2012 ist eine überparteiliche Motion mit folgendem Text überwiesen worden:

Der Gemeinderat wird aufgefordert vis-a-vis des Rütischulhauses, am Rütieweg, eine fixe Radarstation zu installieren, um die Schülerinnen und Schüler vor Rasern zu schützen.

Beschluss vom 13. September 2012:

Die überparteiliche Motion betreffend Kinderschutz durch Verkehrssicherung bei der Rütischulanlage wird (mit 23 zu 6 Stimmen) erheblich erklärt und (mit 22 zu 10 Stimmen) an den Gemeinderat überwiesen.

2.1.11. ÜBERPARTEILICHE MOTION VOM 10. MAI 2012 BETREFFEND KINDERSCHUTZ DURCH VERKEHRSSICHERUNG BEI DER SCHULANLAGE RÜTI

Ein Beitrag für die Anschaffung einer entsprechenden stationären Radaranlage bei der Rütischulanlage wurde in den Investitionsplan 2014 aufgenommen. Der mehrmalige Einsatz der semistationären Radaranlage beim Schulhaus erbrachte zwar eine Verbesserung der Situation, die Anzahl Übertretungen ist aber immer noch überdurchschnittlich hoch.

Seit dem Jahr 2013 wird beim Rütieweg, Höhe der dortigen Schulanlage, vermehrt die semistationäre Radaranlage eingesetzt. Diese Einsätze zeigen inzwischen Wirkung. Waren es zu Beginn der Messungen, anfangs 2013, noch 371 Übertretungen innert 5 Tagen, wurden in den Monaten Oktober und Dezember 2014 noch 55, bzw. 61 Verstösse, gemessen. Der Standort «Rütischulanlage» wird auch in den nächsten Jahren priorisiert werden, um die Verkehrssicherheit in diesem Bereich zu verbessern. Das Anliegen der Motion, die Sicherheit zu verbessern, wurde somit nun erfüllt.

Natürlich zeigen sie Wirkung: Man sieht die Anlage ja auch schon von weitem und muss annehmen, dass sie nicht aufgestellt würde, wenn keine Kamera drin wäre, sie also nicht geladen wäre. Das ist bei einer stationären Anlage anders. Die ist immer da und es ist nicht erkennbar, wann sie geladen ist. Aber Vorsicht ist immer am Platz, wenn man keine Busse riskieren will. Also fahren alle mit der vorgeschriebenen Geschwindigkeit.

Letztes Jahr wurde versucht, die Motion als erfüllt abzuschreiben. War sie aber nicht, darum ergab mein Antrag auf Nichtabschreibung mit 33 zu 0 Stimmen das Resultat: Nicht abschreiben.

Der Gemeinderat ist weiterhin aufgefordert, endlich dem Willen des Parlaments zu folgen und beim Rüti Schulhaus eine stationäre Radaranlage aufzustellen und sie auch häufig in Betrieb zu nehmen.

Ich stelle heute den gleichen **Änderungsantrag Nr. 1:**

Die "überparteiliche Motion betreffend Kinderschutz durch Verkehrssicherung bei der Schulanlage Rüti" ist nicht erfüllt und soll nicht abgeschrieben werden.

Luca Alberucci (GLP): Ich habe ebenfalls einen Änderungsantrag zum vom Vorredner erwähnten politischen Vorstoss.

Allgemein möchte ich zum Verwaltungsbericht noch erwähnen, dass uns ein schlanker und übersichtlicher Jahresbericht 2017 vorgelegt wurde. Besondere Freude hatte ich an den Seiten 6 und 7 "Die Gemeinde in Zahlen". Es wird ein gutes Gefühl über die Gemeinde Ostermundigen erwirkt:

- Was ist Ostermundigen,
- wohin führt der Weg von Ostermundigen und
- welches sind die grossen Herausforderungen der Gemeinde Ostermundigen?

Die Herausforderungen müssen auf allen Hierarchiestufen seriös an die Hand genommen werden.

① Zu den politischen Vorstössen

Ich bin überzeugt, dass Rudolf Mahler (SP) meinem Änderungsantrag, die Abschreibung der parlamentarischen Vorstösse punktweise vorzunehmen, zustimmen kann. Wir sind ebenfalls klar gegen die von Rudolf Mahler (SP) genannte Abschreibung der überparteilichen Motion betreffend Kinderschutz durch Verkehrssicherung bei der Schulanlage Rüti. Auch wir möchten eine Abschreibung verhindern. Aus diesem Grund stelle ich den **Änderungsantrag Nr. 2** mit folgendem Text:

Das Postulat GLP/CVP-Fraktion betreffend Massnahmen zur Stabilisierung des Ergebnisses der Spezialfinanzierung "Abwasserentsorgung" ist nicht abzuschreiben.

Das Postulat hat eine Prüfung verlangt. Nicht nur die Einnahmeseiten müssen geprüft werden, sondern jede Abwasserleitung soll geprüft werden. Wir Parlamentsmitglieder haben den entsprechenden Prüfauftrag an den Gemeinderat überwiesen. Auf der Seite 15 wird die Erhöhung der Abwassergebühren per 2019/2020 um voraussichtlich 10 Prozent erwähnt. Des Weiteren wird der Auftrag zur "Stabilisierung der Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung" erwähnt, welcher durch eine interne "Finanzprognose 2019 bis 2036" erfüllt wurde. Die erwähnte Finanzprognose konnte bis dato nicht eingesehen werden. Es gibt zwei Sachen zu bemängeln:

1. Ein Postulat ist ein Prüfauftrag seitens Parlament zuhanden des Gemeinderates. Die Finanzprognose konnte nicht eingesehen werden!
2. Die Finanzprognose ist nicht im Sinne der Postulanten. Eine Gebührenerhöhung löst nicht die Probleme der Spezialfinanzierung. Es ist ebenfalls die Ausgabenseite zu überprüfen!

Seit Jahrzehnten werden die Abwasserleitungen in der Gemeinde Ostermundigen sehr grosszügig saniert.

3)

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Wir unterbrechen die Sitzung für einen kurzen Moment. Ich möchte mich über das weitere Vorgehen ins Bild setzen lassen.

Ich bitte um schriftliche Deponierung der Änderungsanträge beim Ratsbüro!

Zum Kapitel "Behörden" liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir fahren mit der Beratung der Abteilung Präsidiales ab Seite 18 bis 24 fort.

Christian Zeyer (SP): Jedes Jahr muss ich mich zum gleichen Thema äussern! Der Richtplan ist momentan in der Vernehmlassung. Der Kredit wurde freigesprochen. Ich spreche zu:

³⁾ 18:38 Uhr: Peter Lindenmann (SP) tritt der Sitzung bei. Neu sind 36 Ratsmitglieder anwesend.

① Seite 10 - Kap. 2.1.5. Motion SP-Fraktion betreffend Ostermundigen beschafft nachhaltig
Das Nachhaltigkeitsverständnis der Gemeinde Ostermundigen wird im zweiten Abschnitt der Begründung festgehalten. ... *In einem Versuch Synergie zu nutzen, hat der Werkhof Ostermundigen zudem zusammen mit den Gemeinden Stettlen und Vechigen eine Wischmaschine beschafft.* ...

Die Wischmaschine konnte rund um 10'000 Franken günstiger beschafft werden. Dies ist grundsätzlich nicht schlecht. Doch dies unter dem Titel "Nachhaltigkeit" abbuchen zu wollen, ist sehr einseitig. Die Nachhaltigkeit kennt drei Füsse: wirtschaftlicher, sozialer und ökonomischer. Diese Beschaffung kennt nur einen Fuss.

Ich hoffe, dass ich nach 16 Jahren Ratstätigkeit nicht mehr für diese hängige Motion eintreten muss. Ich behalte mir vor, eine Interpellation zu diesem Thema einzureichen. Wo werden Beschaffungen mit Nachhaltigkeitskriterien in der Gemeinde Ostermundigen vollzogen? Für eine Nachhaltigkeit ist nicht zwingend ein Reglement erforderlich.

① Seite 10 - Kap. 2.1.6. Motion SP-Fraktion betreffend freie Fahrt für den Veloverkehr

Ich möchte ganz klar festhalten, dass die gemachte Aussage nicht den vom Grossen Gemeinderat beschlossenen Tatsachen entspricht. Richtig ist, dass das Umsetzen der Massnahmen für den Veloverkehr auch dann ausgeführt wird, wenn Strassen infolge von Leitungssanierungen etc. aufgerissen werden müssen. Ich bitte den Gemeinderat für eine wortgetreue Umsetzung der Massnahmen.

① Seite 24 - mir ist neu, dass wir eine Abteilung "Abstimmungen und Wahlen" führen.
Diese Seite gehört vor die Abteilung Präsidiales resp. auf Seite 18 verschoben.

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Liegen weitere Wortmeldungen vor?

Wir sind im Verwaltungsbericht nun definitiv auf der Seite 18 ff bzw. Abteilung Präsidiales angekommen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Es liegt eine kleine Verwirrung vor. Über Änderungsanträge wird erst am Schluss abgestimmt. Über die beiden thematisierten parlamentarischen Vorstösse (abschreiben oder nicht abschreiben) hat das Parlament **vor** der Schlussabstimmung zu entscheiden. Über Änderungsanträge zum Verwaltungsbericht in Form von unselbständige Postulate wird **sofort** abgestimmt.

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Wir fahren mit der Beratung weiter.

Colette Nova (SP): Ich habe keinen Änderungsantrag - jedoch eine Frage an den Gemeinderat:

① Seite 17 - Kap. 2.3.4. Interpellation T. Thomann (SP) betreffend Vergrösserung des Spielplatzes beim Seepark/Mitteldorfstrasse

Der Gemeinderat gedenkt hier ein Sponsoring zu aktivieren. Wie weit sind die Abklärungen des Gemeinderates?

Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP): Der Gemeinderat sieht vor, die Probleme der Feuerstelle und die Probleme mit dem See getrennt an die Hand zu nehmen. Die Planungsarbeiten wurden aufgenommen. Gleichzeitig hat die Abteilung Tiefbau + Betriebe die Eigenleistungen definiert bzw. beigebracht. Erste Massnahmen wurden durch das Werkhofpersonal ausgeführt. Ausstehend ist nach wie vor das Sponsoring. Die Abteilung Tiefbau + Betriebe konnte bis dato noch keine fixen Sponsorenbeiträge verbuchen. Wir bleiben jedoch am Ball!

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Wir fahren mit der Beratung weiter.

Aliosha Walter (FDP): Auch die FDP. Die Liberalen-Fraktion verdankt den Verwaltungsbericht 2017. Wir sind beim Kapitel "Präsidiales" angekommen. Ich habe eine Anmerkung zu:

① Seite 23 - Kap. 5.6. Stellenübersicht

Hier fehlt der Vergleich zum Vorjahr.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Das Jahr 2016 wird in der Tabelle in den Spalten in den Klammern abgebildet.

Aliosha Walter (FDP): Besten Dank für die Aufklärung.

Colette Nova (SP): Ich habe eine Bemerkung bzw. Anmerkung zu

① Seite 21 - Kap. 4. Gemeindepartnerschaften

Wir führen Partnerschaften mit drei verschiedenen Gemeinden. Bei jeder Partnerschaft wird festgehalten: ... *somit sind diese Besuche/Kontakte eingestellt.*

Ich finde die Situation traurig und schade. Partnerschaften müssen gepflegt werden. Und damit diese nicht verwelken, benötigt es immer zwei Partner, d. h. auch die Gemeinde Ostermundigen könnte eine Anstrengung machen bzw. auf die Partnergemeinden zugehen. Eine Aktivität seitens Ostermundigen täte uns allen nur gut!

4)

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich stehe für solche Austausche gerne zur Verfügung. Wir haben mit allen drei Partnerschaften jeweils den Ball aufgenommen. Die traditionsreichste Partnerschaft ist mit Lohnberg bzw. deren Schützen. Diese Partnerschaft geht bis in die 1970er-Jahre zurück. Mehrmals haben wir die Gemeinde Lohnberg angeschrieben - ohne Echo. Es liegt ein Dossier bei mir auf dem Tisch, die Gemeindepartnerschaften definitiv zu beenden.

In Oberwil hat ein Wechsel im Gemeindepräsidium stattgefunden. Diese Pendenz steht noch aus.

4) 18:54 Uhr: Rajaratnam Saibaven (SP) tritt der Sitzung bei. Neu sind 37 Ratsmitglieder anwesend.

Luca Alberucci (GLP): Wir habe eine Bemerkung bzw. Anmerkung zu:

① Seite 18 - Kap. 1.3.4. Überbauungsordnung "Poststrasse Süd"

Der Kanton ist der Auffassung, dass in diesem Perimeter keine Wohnungen gebaut werden sollen. Wir haben zwei Interpellationen zu diesem Thema eingereicht. Die Antworten des Gemeinderates sind ganz klar:

An der Poststrasse in Zone Nr. 27 verbietet der Gemeinderichtplan die Erstellung von Wohnungen.

D. h. wir haben hier kein Problem mit dem Kanton sondern mit dem Gemeindebaureglement. In der Beantwortung der Interpellation vom 30. Mai 2017 wird dies so erwähnt. Diese Aussage sollte meines Erachtens eins zu eins in den Verwaltungsbericht einfließen.

→ Das schlechte Licht auf den Kanton ist an dieser Stelle absolut unbegründet! Die Aussage widerspiegelt ein schlechtes Licht auf den Gemeinderat - hier werden falsche Fakten dargelegt.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Nach drei Jahren Planungszeit ist die tilia aus dem Projekt ausgestiegen. Wir kennen die Umstände. Die Gespräche mit den Verantwortlichen haben stattgefunden.

Der Ball muss an den Kanton zurückgespielt werden: Die Frage die sich hier stellt, soll der Perimeter mit absoluter Dienstleistungsbetrieben oder als reine Wohnzone definiert werden? Ein weiterer Punkt war, die drei Richtpläne anzupassen, ohne über die zu erwartenden Kosten zu sprechen?

Mit dem Ausstieg der tilia ist das Thema erledigt. Momentan sind wir daran, die verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten erneut zu überprüfen. Es ist ein Wettlauf mit der Zeit. Es gibt Interessenten, welche möglichst schnell bzw. zügig an dieser Stelle einziehen möchten. Ob der Gemeinderat den zeitlichen Sprung schafft oder nicht, kann heute nicht prognostiziert werden. Nächste Woche findet eine ausserordentliche Sitzung der Planungskommission zu diesem Thema statt.

Der kantonale Richtplan sieht hier nicht nur Dienstleistungsbetriebe vor. Eine leichte Durchmischung soll ins Auge gefasst werden. Der Gemeinderat nimmt die Kritik entgegen und wird bemüht sein, die Situation am Bahnhof in die Gänge zu bringen. Die Ortsplanungsrevision wird sich ebenfalls dem Thema annehmen.

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Wir fahren mit der Beratung fort. Wir sind bei der Abteilung Bildung, Kultur, Sport ab Seite 25 angekommen.

Bettina Fredrich (parteilos): Dieses Kapitel ist sehr spannend und eindrücklich. An verschiedenen Stellen können Zunahmen verzeichnet werden. Auch die Kultur kam im letzten Jahr nicht zu kurz. In diesem Zusammenhang haben wir eine Anmerkung zu:

① Seite 26 - Kap. 2. Kultur

Die Kulturkommission wurde im Zusammenhang mit der Budgetsparrunde abgeschafft. Diese Fachkommission hat in den letzten Jahren zahlreiche Veranstaltungen organisiert bzw. mitorganisiert (z. B. Neujahrsapéro, Bundesfeier, Parkkonzerte). Wie sollen inskünftig diese Veranstaltungen in Ostermundigen durchgeführt bzw. organisiert werden? Die Gemeinde Ostermundigen darf nicht zu einer kulturellen Wüstenlandschaft verkommen. Wir werden heute Abend ein unselbständiges Postulat zu diesem Thema einreichen, mit dem Wortlaut:

Der Gemeinderat wird gebeten, zu prüfen, wie die kulturellen Veranstaltungen in Ostermundigen künftig organisiert werden und das Angebot gewährleistet bleibt.

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Hier handelt es sich um ein unselbständiges Postulat. Wir können die Abstimmung vornehmen.

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Henrik Schoop (FDP): Das Postulat können wir gerne entgegen nehmen. Letzte Woche fand die letzte Kulturkommissionssitzung statt. Die Kultursekretärin wird weiterhin die anfallenden Kulturarbeiten erledigen, d. h. wir werden die Fragen ausführlich beantworten.

Die Parkkonzerte werden durch die Musikvereine organisiert. Die Kommunikation sowie die koordinativen Arbeiten werden weiterhin durch die Abteilung Bildung, Kultur, Sport erledigt. Die Bundesfeier wird in enger Zusammenarbeit mit dem FCO stattfinden. Der Neujahrsapéro wird eventuell mit einem externen Partner begleitet. Die bis anhin geleisteten Arbeitsstunden müssen irgendwie kompensiert werden. Die Vereine werden von uns grosszügig unterstützt.

In diesem Jahr wurde ebenfalls der Kulturpreis aus dem Budget gestrichen. Themen finanzieller Art sind auf die grosszügige Unterstützung seitens Parlament angewiesen.

Ratspräsident Thomann Thulani (SP): Da es sich um ein "unselbständiges Postulat" handelt, muss der Grosse Gemeinderat die Abstimmung vornehmen.

Bettina Fredrich (parteilos): Besten Dank dem Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport für seine Ausführungen. Fallen hier wieder andere Kosten an, um die Arbeiten der Kulturkommission leisten zu können?

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Henrik Schoop (FDP): Im Detail kann ich heute Abend noch keine Auskünfte abgeben. Der Prüfauftrag muss zuerst abgearbeitet werden.

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Wir kommen nun zur Abstimmung über das unselbständige Postulat. Ich verlese nochmals den korrigierten Wortlaut:

Der Gemeinderat wird gebeten, zu prüfen, wie die kulturellen Veranstaltungen in Ostermundigen künftig organisiert werden und das Angebot gewährleistet bleibt.

Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 20 zu 12 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Das unselbständige Postulat der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion zu kulturellen Veranstaltungen in Ostermundigen wird erheblich erklärt.

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Wir fahren mit der Detailberatung bei der Abteilung Bildung, Kultur, Sport fort.

Rudolf Mahler (SP): Müssen wir nun Externe anstellen, damit die kulturellen Veranstaltungen in Ostermundigen nicht verloren gehen? Letztendlich werden die Kosten höher ausfallen als die Kosten für die Kulturkommission. Ich finde das Ganze auch eine Frechheit gegenüber den Mitgliedern der Kulturkommission, welche bis anhin die Arbeiten zur allgemeinen Zufriedenheit erledigt haben.

Es geht nicht um das! - Es geht um das Rothus:

① Seite 25 - Kap. 1. Bildung

... Noch ist nicht klar, wann der Schulbetrieb in der ganzen Schulanlage Rothus aufgenommen werden kann, weil...

Das reiht sich ein in eine ganze Palette von Ungereimtheiten, welche in letzter Zeit passiert sind. Die seinerzeitige Motion wurde vom Gemeinderat nicht erfüllt. Im Anzeiger Region Bern wurde schon gross über den Umzug in die Schulanlage Rothus berichtet. Diese Unsorgfältigkeiten sind erschreckend!

Lucia Müller (SVP): Ich möchte mich zum Affront gegenüber der Kulturkommission äussern: Dieser Affront wurde vollzogen, als die Kulturkommission im Zusammenhang mit der Behörden- und Verwaltungsreform als ständige Kommission aufgehoben und zur einer Fachkommission umgewandelt wurde. Bereits damals konnte festgestellt werden, dass das Engagement innerhalb der Kommission stark zurückging. Die Rekrutierung von Mitgliedern wurde immer schwieriger. Die Frauen- und Männerpower bzw. Handarbeiten wurde in mehr denkerische Aufgaben umgewandelt. Die im Moment anstehenden Arbeiten können mit der vorgeschlagenen Lösung bestimmt überbrückt werden. Mittelfristig muss ein neuer Weg gefunden werden. Ich war selber 12 Jahre lang Mitglied der Kulturkommission und weiss, von was ich hier spreche.

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Zur Abteilung Bildung, Kultur, Sport liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir sind bei Seite 28 resp. der Abteilung Finanzen/Steuern angekommen.

Christian Zeyer (SP): Ich bin der Auffassung, dass die Seiten 28 bis 31 in tabellarischer Form wesentlich einfacher dargestellt werden könnten, als im Verwaltungsbericht 2017 verfasst. Die Zahlen sind nicht mit dem Rechnungsbericht identisch. Was hier nicht erwähnt wird, ist die Bewertung der aufgelisteten Zahlen. Beim Lesen des Textes kommt der Eindruck auf, dass die Gemeinde Ostermundigen finanziell gut dasteht. Dieser Eindruck stimmt jedoch in keiner Art und Weise!

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Zur Abteilung Finanzen/Steuern liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur Abteilung Hochbau (Seiten 32 bis 37).

Christian Zeyer (SP): Besten Dank für die informativen Ausführungen.

① Seite 34 - Kap. 4.1. Allgemeines

Wie in den letzten Jahren wird darauf hingewiesen, dass der aufgestaute Liegenschaftsunterhalt immer mehr zunimmt. Diese Situation ist nicht schön.

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Zur Abteilung Hochbau liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir sind auf Seite 38 resp. bei der Abteilung Tiefbau + Betriebe angekommen.

Sandra Löhner (CVP): Auch wir von der CVP/EVP-Fraktion verdanken den schönen Verwaltungsbericht 2017. Ich habe ebenfalls eine Anmerkung:

① Seite 39 - Kap. 1.5. Erschliessung Schwandiweg

Auch ich habe eine Textmarkierung vorgenommen. Alles was orange leuchtet, wurde bereits im Verwaltungsbericht 2016 festgehalten. Hier steht Wort für Wort der genau gleiche Text (Kopieren --> Einfügen!). Nur der letzte Satz ist neu.

Vielleicht muss bei einem schlanken Verwaltungsbericht der Text aus den Vorjahren weggelassen werden! Es darf nur das Neue im Verwaltungsbericht festgehalten werden.

① Seite 41 - Kap. 4.1. Biotope

Hier das gleiche Beispiel wie vorerwähnt! Plus 10 neue Zeilen - besten Dank.

Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP): Der Grund für die Wiederholungen im Text ist der Investitionsstau, in dem wir uns befinden. Eigentlich ist im letzten Jahr nichts Wesentliches passiert. Der Schwandiweg wird im August 2018 dem Parlament vorgestellt. Dieser Stau führte auch dazu, dass nirgend in der Gemeinde neue Strassen gebaut bzw. umgebaut wurden. Das Projekt "Korrektion Bolligenstrasse" wird der von Christian Zeyer (SP) verlangten Umsetzung Rechnung tragen.

Wir werden inskünftig im Verwaltungsbericht den "Investitionsstau inkl. Zusätzen" erwähnen.

Ich möchte noch auf einen Fehler aufmerksam machen:

① Seite 45 - Kap. 8.3.2. Wassergewinnung und Wasserverbrauch

In der zweiten Tabelle wurde irrtümlicherweise zwei Mal das Jahr 2017 - anstatt die Jahre 2017 und 2016 - erwähnt. Dieser "Copypaste-Fehler" wird zuhanden des Protokolls festgehalten. Die Zahlen 2016 beliefen sich wie folgt:

- Geförderte Menge (Wassergewinnung) 1'734'201 m³
- Einwohnerzahl (Durchschnitt) 17'078
- Wasserbezug pro Einwohner (inkl. Gewerbe/Industrie + Verlusten) 281 l/Tag
- Wasserbezug pro Einwohner (ohne Gewerbe/Industrie + Verlusten) 173 l/Tag

Der Fehler wurde erst entdeckt, als der Verwaltungsbericht 2017 bereits gedruckt war. Aus Kostengründen wird die Korrektur mittels GGR-Protokoll vorgenommen.

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Zu den Abteilungen Öffentliche Sicherheit und Soziales liegen keine Wortmeldungen vor. Liegen noch Wortmeldungen zum Verwaltungsbericht 2017 vor?

Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit müssen wir vor der Schlussabstimmung noch über die Änderungsanträge abstimmen. Ich verlese nochmals den **Änderungsantrag Nr. 1** von Rudolf Mahler (SP):

Die "überparteiliche Motion betreffend Kinderschutz durch Verkehrssicherung bei der Schulanlage Rüti" ist nicht erfüllt und soll nicht abgeschrieben werden.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliki Panayides (SVP): Weshalb will der Gemeinderat diese Motion abschreiben? Es wurde erwähnt, dass die Motion nicht erfüllt sei. Der Gemeinderat ist anderer Meinung. Wir betrachten das Anliegen des Vorstosses ganz klar als erfüllt. Der Titel erwähnt das Anliegen des Vorstosses: "Kinderschutz durch Verkehrssicherheit".

Es heisst nicht "Kinderschutz durch Aufstellen eines Radarkastens" - Es geht hier um die Verkehrssicherheit. Wir haben eine mobile Anlage eingesetzt und das Tempo und die Sicherheit wurden gewährleistet. Es ist nicht so, dass das Tempo nur mit dem sichtbaren Radarkasten als reduziert gemessen wurde, sondern auch mit dem versteckten schwarzen Kästchen. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass das Tempo also an dieser Stelle permanent reduziert werden konnte. Die Sicherheit konnte auf kostengünstige Art sichergestellt werden. Damit wird das Anliegen des Kinderschutzes bei der Schulanlage Rüti erfüllt.

Rudolf Mahler (SP): Liebe Aliki, es ist allen klar, dass wir das Heu nicht auf derselben Bühne haben. Trotzdem müssen wir bei den Fakten bleiben. Der Motionstext ist nicht im Titel erwähnt. Der Motionstext lautet:

Der Gemeinderat wird aufgefordert, vis-à-vis des Rütischulhauses am Rütieweg eine fixe Radarstation zu installieren, um die Schülerinnen und Schüler vor Rasern zu schützen.

Dieser Text wurde seiner Zeit zu Null an den Gemeinderat überwiesen. Das sind die Aufgaben, welche seitens Gemeinderat erfüllt werden müssen.

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Also - wir stimmen über die Änderungsanträge Nr. 1 und 2 nun ab. Ich verlese nochmals den **Änderungsantrag Nr. 1** von Rudolf Mahler (SP):

*Die "überparteiliche Motion betreffend Kinderschutz durch Verkehrssicherung bei der Schulanlage Rüti" ist nicht erfüllt und soll **nicht** abgeschrieben werden.*

Abstimmung

Der Änderungsantrag Nr. 1 von Rudolf Mahler (SP) wird mit 27 zu 7 Stimmen angenommen.

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Ich verlese nochmals den **Änderungsantrag Nr. 2** von Luca Alberucci (GLP):

*Das Postulat GLP/CVP-Fraktion betreffend Massnahmen zur Stabilisierung des Ergebnisses der Spezialfinanzierung "Abwasserentsorgung" ist **nicht** abzuschreiben.*

Abstimmung

Der Änderungsantrag Nr. 2 von Luca Alberucci (GLP) wird mit 32 zu 0 Stimmen angenommen

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Wir kommen nun zur **Schlussabstimmung**. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 36 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Der Verwaltungsbericht 2017 wird genehmigt.
2. Gestützt auf den Bericht über den Stand der unerledigten Motionen und Postulate per 31. Dezember 2017 und aufgrund von Artikel 53 Absätze 8 und 9 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vom 26. Oktober 2000 werden folgende parlamentarische Vorstösse als erledigt abgeschrieben:
 - Motion Norbert Riesen (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Saalbewirtschaftung während dem Bau des geplanten Verwaltungszentrums auf dem Tellareal
 - Motion Bruno Grossniklaus (parteilos) betreffend Menschen Schutz und Würde geben
 - Postulat Fraktion SP-Grüne betreffend Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen
 - Postulat (Motion) SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Optimierung des Mutter-Kind Deutschkurses zu einem Integrationskurs

----- **10 minütige Pause** -----

20.3.01 Jahresrechnungen

124. Jahresrechnung 2017; Genehmigung

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Wir wollen mit der Sitzung fortfahren.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich möchte noch etwas zum Votum bzw. persönlicher Erklärung von Colette Nova (SP) betreffend "Sitzungsgeld" anmerken.

Selbstverständlich hat die Gemeindeschreiberei die Thematik rechtlich abgeklärt. Es ist so, dass wenn das finanzkompetente Organ für das Budget und das Organ für die Zuständigkeit des Reglemente dasselbe ist, dieses die Entscheide letztendlich verbindlich fällt. Der Ratssekretär hat die "Streichung des Sitzungsgeldes" beim Regierungsstatthalter rechtlich abgeklärt. Die Gemeindeschreiberin, Barbara Steudler, hat die Lage mit dem Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) geklärt.

① Den GGR-Mitgliedern wird noch eine schriftliche Erklärung über die Finanzkompetenzen zugestellt.

Wir haben die Frage bereits im Nachgang der Budgetsitzung aufgenommen, da bereits der Fraktionspräsident, Rudolf Mahler (SP), diesbezüglich bei der Verwaltung vorstellig wurde.

Colette Nova (SP): Merssi für die Abklärungen. Es gilt zwei Punkte zu beachten:

- Für mich ist dieser Sachverhalt nicht möglich, d. h. das Reglement muss geändert werden.
- Es ist zulässig, die Sitzungsgelder zu streichen. Jedoch nicht gleichzeitig die fixen Entschädigungen für die Präsidien GGR und GPK.

Hier muss ganz klar eine Unterscheidung vorgenommen werden.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Besten Dank für die Präzisierung. Wir werden den Sachverhalt in der schriftlichen Erklärung darlegen. Wir müssen den Änderungsantrag nochmals genau konsultieren.

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig. Der Departementsvorsteher Finanzen/Steuern möchte noch ein Eintretensvotum abgeben.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Der Rechnungsabschluss 2017 schliesst besser ab als im Budget vorgesehen.

Mehrheitlich sind die Abweichungen zwischen Budget und Rechnung in den einzelnen Konpositionen minim. Dies ist ein Beweis für die vorsichtige Budgetierung, die Budgetdisziplin und für den sorgfältigen Umgang mit den Finanzen auf allen Abteilungen der Gemeinde Ostermundigen. Der grösste Teil der Aufwand- und Ertragsentwicklung wird meist von übergeordneten Veränderungen ausgelöst und ist durch die Gemeinde kaum beeinflussbar.

Der konsolidierte Gesamthaushalt der Gemeinde Ostermundigen weist für das Jahr 2017 einen Ertragsüberschuss von CHF 0,6 Mio. aus, der Allgemeine Haushalt (steuerfinanzierte) für dasselbe Jahr weist einen Aufwandüberschuss von CHF 0,9 Mio. aus (bei einem Gesamtaufwand von CHF 102,1 Mio. und einem Gesamtertrag von CHF 101,2 Mio.). Der Ertragsüberschuss aus Spezialfinanzierungen für die Bereiche Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Feuerwehr beläuft sich kumuliert auf CHF 1,5 Mio. Positiv wirkte sich ein höherer Steuerertrag der natürlichen Personen aus, dieser erhöhte sich um CHF 1,05 Mio. im Vergleich zum Jahr 2016. Leicht rückläufig waren hingegen die Steuererträge von juristischen Personen, diese reduzierten sich um CHF 0,38 Mio. Der für den Steuerhaushalt relevante Bilanzüberschuss verringerte sich auf CHF 0,5 Mio. und liegt noch im positiven Bereich.

Im Moment besitzt die Gemeinde Ostermundigen rund CHF 500'000 Eigenkapital. Zudem zeichnet sich ab, dass der Wechsel der Pensionskasse weniger kosten wird als die gut 27 Millionen Franken, welche die Gemeinde dafür zurückgestellt hat. Allmählich erhält Ostermundigen, finanziell gesehen, also wieder etwas Luft zum Atmen.

- ① Wir versuchen beim Budget 2019 ohne Steuererhöhung durchzukommen.
- ① Aufgrund der Prüfungsergebnisse durch den ROD empfiehlt der Gemeinderat dem Grossen Gemeinderat die vorliegende Rechnung für das Jahr 2017 zu genehmigen.
- ① Für weitere Fragen stehen der Finanzverwalter und ich zur Verfügung.

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Das weitere Vorgehen sieht vor, dass wir zuerst über die Botschaft und anschliessend über die Jahresrechnung als solches debattieren. Wird eine Detailberatung überhaupt gewünscht? Die Fraktionssprecher dürfen sich melden.

Christian Zeyer (SP): Die Einen nennen es eine Besserstellung gegenüber dem schlechten Budget. Die Anderen nennen das eine Schönfärberei!

Wenn die Jahresrechnung im Detail betrachtet wird, so fällt auf, dass budgetierter Personalaufwand nicht ausbezahlt worden ist. Der Sachaufwand wurde auch anderswo finanziert. Und im Verwaltungsbericht 2017 werden Aussagen erwähnt, dass der Liegenschaftsunterhalt nicht vollzogen werden konnte. Es stellt sich hier ganz klar die Frage: Wird da am falschen Ort gespart?

Der Gemeinderat erwähnt, dass die Gemeindefinanzen verbessert worden sind. Auf eine allfällige Steuererhöhung kann verzichtet werden. Da stellt sich mir unweigerlich die Frage: Wer bezahlt dieses "Nichtstun" letztendlich?

In den 90er sowie den folgenden Jahren wurden bereits Investitionen hinausgeschoben. Dies aus den ähnlichen finanziellen Überlegungen wie jetzt. Das Resultat davon: Die Gemeinde Ostermundigen musste grosse Schäden zur Kenntnis nehmen. Ich erinnere mich daran, dass bei unserem Zuzug nach Ostermundigen im Jahre 2004 bereits die Schulanlage Dennigkofen seit Jahren mit einem Baugerüst versehen war. Wir Neuzuziehenden waren damals der Auffassung: Aha, hier wird gebaut. Aber es vergingen noch ein paar Jahre, bis die Sanierung der Schule an die Hand genommen worden ist. Diese lange Dauer hat ein grosses Loch in die Gemeindekasse gerissen.

Ich habe den Verdacht, dass wir uns in die gleiche Richtung wie damals begeben. Dieser Weg ist ein Fehler!

Ich stelle immer wieder fest, dass in der Finanzpolitik von Ostermundigen eine Prognose gemacht wird. Doch niemand fragt sich letztendlich, was in dieser Prognose ausgesagt wird und was letztendlich auch passiert. In den Jahren 2008 bis 2010 bin ich immer wieder im Parlament ans Rednerpult getreten und habe den Rat gefragt, sind die Steuererträge realistisch und können diese aus dem Finanztopf genommen werden?

Mit allen Turbulenzen betreffend der Pensionskassen - welche nun offensichtlich nicht dermassen gravierend sein sollen wie zuerst angenommen - ist eine Konstante immer die Gleiche: Es wird immer davon gesprochen, dass wir in ein paar Jahren aus dem Finanzloch hochsteigen werden. Doch wir machen alle Jahre immer wieder dasselbe: Wir fressen unser Eigenkapital auf. Dieser Tatbestand kann nicht gut ausgehen - dass sollte allen Parlamentsmitgliedern klar sein!

Eigentlich müsste der Gemeinderat ehrlich genug sein und die Finanzen richtig interpretieren und sauber darlegen. Wir möchten noch einige Fragen aus der Vergangenheit beantwortet haben. Aus diesem Grund werden wir heute Abend eine Interpellation betreffend "Aus der Vergangenheit lernen" einreichen.

Bei der Diskussion über die Jahresrechnung 2017 hat jemand die Fragen gestellt:

- Wer die Revisionsstelle der Gemeinde Ostermundigen ist bzw. ausübt?
- Wie lange ist die Revisionsstelle für die Gemeinde Ostermundigen bereits tätig?

Auch langjährige Fraktionsmitglieder konnten die Fragen nicht beantworten. Aus verlässlichen Quellen ist es nicht optimal, wenn die Revisionsstelle über Jahrzehnte hinweg immer die Gleiche ist. Wir schlagen aus diesem Grund dem Gemeinderat vor, die Revisionsstelle zu wechseln und dem Revisionsteam ein paar kritische Fragen zu stellen.

2. Vizepräsident Hans Wipfli (SVP): Wie vieles im Leben hat auch die Jahresrechnung 2017 eine positive und eine negative Seite. Ich möchte mit der positiven Seite starten:

- ☺ Das Schlussergebnis ist besser ausgefallen als budgetiert. Dafür gebührt der Verwaltung ein herzliches Dankeschön.
- ☺ Die Zusammenarbeit in der Verwaltung hat gut funktioniert. Die Probleme wurden eliminiert. Es wird zielgerichtet und kooperativ zusammengearbeitet.

Ich komme nun zu den negativen Elementen:

- ☹ Wir haben praktisch kein Eigenkapital mehr.
- ☹ Wir hatten in den vergangenen Jahren immer strukturelle Aufwandüberschüsse. Das vorliegende Ergebnis ist nicht nachhaltig!
- ☹ Wir haben keine konzeptionellen Grundlagen, welche uns aus dieser finanziellen Misere führen können.

Es muss kurzfristig das Ziel sein,

- dass wir keine Steuererhöhung vornehmen müssen. Wir müssen mit den vorhandenen finanziellen Ressourcen haushälterisch umgehen;

3. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 28. Juni 2018

- es ist ein ausgeglichenes Budget zu erstellen. Dies ist primär eine Hauptaufgabe des Gemeinderates;
- mittel- und langfristig muss wieder Eigenkapital gebildet werden können, damit die Gemeinde Ostermundigen finanziell und steuerlich wieder attraktiv wird.

Wir sind der Meinung, dass mit dem vorliegenden Zwischenergebnis - welches nicht nachhaltig ist und nicht überbewertet werden darf - wir weiterhin sehr diszipliniert mit den Gemeindefinanzen umgehen müssen. Wir müssen einen Weg finden, wie wir diese missliche finanzielle Lage schnellstmöglich hinter uns lassen können.

Insgesamt wird die SVP-Fraktion die vorliegende Jahresrechnung 2017 genehmigen sowie den Nachkrediten zustimmen können.

Renate Bolliger (EVP): Wie immer, die Rechnung ist eigentlich Geschichte. Aber sie fällt besser aus als budgetiert, das ist doch positiv und lobenswert. Natürlich wissen wir alle, dass das nicht ein Grund zum Jubeln ist, und dass unsere Gemeindefinanzen angespannt bleiben.

Ein Hoffnungsschimmer zeigt sich auch an den Steuereinnahmen, welche eine Million mehr als budgetiert ausfallen. Das ist doch erfreulich.

Über die Nachkredite haben wir uns gewundert. 14 Millionen gebundene Nachkredite und insgesamt 15 Millionen bei den Nachkrediten. Dass das Resultat trotzdem besser als budgetiert ausfällt, erstaunt uns doch schon.

Die EVP-CVP-Fraktion wird die Rechnung genehmigen. Wir danken allen, die zu diesem Resultat beigetragen haben. Der Sparwille war vorhanden, das sieht man.

Das war die letzte Rechnung, die ich genehmigen kann. Ich hoffe sehr, dass die Zukunft von Ostermundigen finanziell besser aussehen wird.

Tobias Weibel (FDP): Die Fraktion der FDP. Die Liberalen dankt allen, die an der Erarbeitung der Jahresrechnung beteiligt gewesen sind.

Auf den ersten Blick sieht diese mit einem Plus von CHF 600'000 im Gesamthaushalt auch ganz gut aus. Auf den zweiten Blick interessiert uns aber vor allem der allgemeine Haushalt. Dieser steht erneut 1 Million Minus. Unser Eigenkapital schmilzt endgültig dahin. Da wollen und müssen wir in diesem Jahr etwas ändern. Wenn wir auf den Mount Everest wollen beziehungsweise müssen oder auch nur auf den Bantiger, dann bringt es nichts, wenn wir jedesmal 100 Meter vor dem Gipfel wieder umdrehen. Wir wollen das endlich mal schaffen. Dass das einfach ist, hat niemand behauptet.

Des Weiteren möchte ich hier nochmals unterstreichen, dass wir nicht von Sparen sprechen können, wenn wir Geld nicht ausgeben wollen, das wir gar nicht haben. Sparen bedeuten Rückstellungen zu machen.

Cédric Luyet (GLP): Auch die GLP/BDP-Fraktion hat ein weniger schlechtes Finanzdefizit festgestellt. Die Lage ist immer noch schlecht. Nach wie vor haben wir ein Strukturdefizit. Wir ha-

ben jedoch auch erfreut festgestellt, dass die Steuereinnahmen höher als budgetiert ausgefallen sind. Wenn man naiv ist, kann man der Meinung sein, dass dieser Trend länger anhalten wird und dies die Problemlösung ist.

Die vorliegende Jahresrechnung mit den gebundenen Nachkrediten lässt gar keine grosse Diskussion zu. Es ist ein Rückblick auf die Geschichte von Ostermundigen und eine Kenntnisnahme. Trotzdem bietet der Rechnungsabschluss die Gelegenheit, ein Votum für die Zukunft abzugeben:

1. Es ist wichtig, dass die Budgetkürzungen 2018 nicht als einmalige angeschaut werden. Diese müssen ins nächste Budget einfließen.
2. Der Leistungsabbau zuungunsten der Bevölkerung ist an seiner Schmerzgrenze angekommen. Aktuell sind wir daran, die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung (ALÜ) zu behandeln. Die Parteien und Fraktionen wurden mit einem Fragekatalog bedient. Es fiel auf, dass weitere freiwillige Leistungen gestrichen oder beibehalten werden sollen. Ob die Leistungen sehr effizient erbracht werden, oder ob die Verwaltung hier die Effizienz schafft, steht nicht zur Diskussion. Diese Fragen wurden von unserer Fraktion aufgegriffen und ich möchte hier einige erwähnen:

- Die Organisation eines Wirtschaftsapéros (Personalaufwand CHF 7'000.00)
- Verwaltung von Tages-GA der SBB (Personalaufwand CHF 25'000.00)
- Finanzielle Unterstützung der Ortsvereine (Personalaufwand CHF 13'000.00)

Zusammengefasst

Das Sparen durch Leistungsabbau und Investitionsstopp hat die Grenzen erreicht. Die Effizienz der Verwaltung wird in der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung (ALÜ) zu wenig oder gar nicht geprüft. Diese Unterlassung sollte unseres Erachtens nachgeholt werden.

Gebührenhaushalt

Gegenüber des allgemeinen Finanzhaushaltes erwirkt der Gebührenhaushalt einen schönen Gewinn von CHF 1,5 Millionen. Es stellt sich da die Frage, ob nicht falsche Gebührenverrechnungen vorgenommen worden sind: Zum Beispiel die Gemeindefinanzinformatik soll die Benutzung der Infrastrukturen der Bernstrasse kostengerecht zwischen Gebührenhaushalt oder allgemeinem Haushalt aufteilen. Es geht nicht darum, verbotene Quersubventionierungen zwischen diesen beiden Haushalten zu tätigen. Eine Prüfung der kostengerechten Aufteilung scheint da angebracht zu sein.

Rudolf Mahler (SP): Ich muss keine zusätzlichen Erklärungen abgeben. Wir können uns den anderen Ortsparteien anschliessen. Wir können die Jahresrechnung 2017 inkl. die Nachkredite ebenfalls genehmigen.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Ich möchte noch auf die Fragen eingehen:

- ① Christian Zeyer (SP) betreffend Revisionsstelle

3. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 28. Juni 2018

Diese Feststellung ist korrekt. Die Firma ROD ist seit vielen Jahren die Revisionsstelle der Gemeinde Ostermundigen. Die Abteilung Finanzen/Steuern hat vom Gemeinderat den Auftrag erhalten, die Revisionsstelle neu auszuschreiben.

① Eigenkapital erhöhen

Das machen wir seit Jahren und ist nichts Neues. Auch das Parlament hat hier seinen Beitrag zu leisten.

① Hans Wipfli (SVP) betreffend fehlendes Konzept

Wir haben zum Budget einen Finanzplan abgegeben. Dieser wurde vom Parlament leider abgelehnt. Die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung (ALÜ) hat als Ziel die Nachhaltigkeit von jährlich einer Million Franken an Einsparungen zu ergeben. Gewisse Massnahmen muss der Gemeinderat auf seine Fahne übernehmen, damit die finanzielle Situation der Gemeinde Ostermundigen wieder ins Lot gebracht werden kann. Mein Ziel ist es, das ganze ohne Steuererhöhung vornehmen zu können.

Ich bin dem Parlament dankbar, wenn es der vorliegenden Jahresrechnung 2017 zustimmen kann und die Nachkredite genehmigen kann.

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 36 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Die Jahresrechnung 2017 wird genehmigt.
2. Die Nachkredite, die in der GGR-Kompetenz liegen, ausmachend CHF 231'137.00, werden genehmigt.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Die alte Jahresrechnung ist auf den Ratstischen liegen zu lassen. Wir werden für die korrekte Entsorgung bemüht sein.

Besten Dank für die Mitarbeit!

1. Vizepräsidentin Silvia Fels (EVP): Das Ratsbüro resp. die Mitglieder auf dem Podest wurden nicht mit der aktuellen Jahresrechnung 2017 bedient.

Anmerkung des Ratssekretärs

Den Mitgliedern des Büros des GGR wurden die neuen Jahresrechnungen am 5. Juli 2018 per Post nachgesendet.

10.23.50 Netzwerk / Infrastruktur (HW)

125. Interne Technik - Hardware 2012; neues Beschaffungskonzept Server - Kreditabrechnung

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst ohne Diskussion mit 36 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Von der Kreditabrechnung "Interne Technik - Hardware 2012; neues Beschaffungskonzept Server, Kreditabrechnung" von CHF 499'638.65 wird Kenntnis genommen.

40.1.12 Strassen, Allgemeines

126. Korrektur Bolligenstrasse Nord; Genehmigung eines Investitionskredits

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP): Auf Wunsch der Geschäftsprüfungskommission wurde eine Tischaufgabe verteilt. Der Unterschied der Busstationen wurde mit Fotos belegt (Version Stadt Bern oder Version Wankdorf). Der Hauptunterschied liegt nicht allein beim Preis. Wir haben die günstigere Variante gewählt. Der Hauptunterschied liegt beim Dach. Bei der Variante "Wankdorf" ist eine Glasscheibe vorhanden.

1. Vizepräsidentin Silvia Fels (EVP): Die EVP/CVP Fraktion stimmt dem Investitionskredit im Zusammenhang mit der Korrektur Bolligenstrasse Nord zu. Damit es dort einen möglichst reibungslosen Verkehrsfluss für alle geben kann, muss die Strasse unbedingt ausgebaut werden. Durchgehende und sogar verbreiterte Velostreifen machen Sinn, gibt es doch immer mehr E-Bike Fahrerinnen und Fahrer, und auch für die Fussgängerinnen und Fussgänger wird es eine schöne Lösung geben mit der separaten Fussgänger- und Velobrücke über die SBB-Gleise. Zudem genügt die kostengünstigere Variante für die Wartehalle mit Betondach vollständig. Insgesamt unterstützen wir dieses Vorhaben.

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 35 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Für die Vorteilsbeteiligung der Anschlussbereiche Untere Zollgasse Nord/Süd und Milchstrasse und für zwei Wartehallen (im Zusammenhang mit der Korrektur Bolligenstrasse Nord) wird zu Lasten der Investitionsrechnung des allgemeinen Haushaltes ein Kredit von **CHF 450'000.00 (inkl. MwSt.)** bewilligt.
 - Tiefbauten Strasse CHF 290'000.00 40 Jahre 2.5% Abschreibung
 - Wartehallen CHF 160'000.00 25 Jahre 4.0% Abschreibung
2. Aufgrund der Anfrage der Stadt Bern wird als Kostenbeteiligung der Gemeinde Ostermundigen zugunsten der Stadt Bern für die Zusatzbestellung der Mehrbreite Fahrradstreifen von 1.50m auf 2.00m zu Lasten der Investitionsrechnung des allgemeinen Haushaltes ein Kredit von **CHF 30'000.00 (inkl. MwSt.)** bewilligt.
 - Kostenbeteiligung (Fahrradstreifen auf der Kantonsstrasse) 100% Abschreibung

Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP): Besten Dank für die Unterstützung des Projektes. Endlich können wir mit den Arbeiten starten.

- 42.3.42 Abwasseranalgen; Öffentlich, Neuerstellung (früher: 42.312)
- 42.3.43 Abwasseranalgen; Öffentlich, Unterhalt (früher: 42.313)
- 42.3.44 Abwasseranlagen; Private (Gesuche, Bewilligungen) (früher: 42.314)

127. Überbauungsordnung "Gartenbaubetriebe Chrüzweg"; Neubau und Sanierung Abwasserleitungen - Kreditabrechnung

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst ohne Diskussion und einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Von der Kreditabrechnung über die Überbauungsordnung "Gartenbaubetriebe Chrüzweg: Neubau und Sanierung Abwasserleitungen" abschliessend mit einer Kostensumme von CHF 377'121.50 wird Kenntnis genommen.

- 42.2.42 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Neuerstellung
42.3.42 Abwasseranlagen; Öffentlich, Neuerstellung (früher: 42.312)

128. Kinder- und Jugendpsychiatrie UPD Neuhaus: Basiserschliessung Wasser und Abwasser - Kreditabrechnung

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst ohne Diskussion und einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Von der Kreditabrechnung über "Kinder- und Jugendpsychiatrie UPD Neuhaus: Basiserschliessung Wasser und Abwasser" abschliessend mit Kostensummen (inkl. MWSt.) von CHF 223'275.80 (Wasser) und CHF 15'276.25 (Abwasser) wird Kenntnis genommen.

10.3.72	Motionen
13.0.32	Parlamentarische Vorstösse
13.5.12	fakultative Fächer nach Lehrplan

129. Dringliche Volksmotion betreffend Weiterführung des Gemeindeangebots an freiwilligen Lektionen für die Primar- und Sekundarstufe; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Volkspostulat

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Zuerst darf sich der Erstunterzeichner der Volksmotion zur gemeinderätlichen Beantwortung äussern. Dieser muss sich gesundheitlich für die heutige Sitzung entschuldigen. Als Auskunftsperson bzw. Mitunterzeichnerin hat sich Frau Schmid zur Verfügung gestellt.

Corinne Schmid (Mitunterzeichnerin): Ich danke den GGR-Mitgliedern für die Möglichkeit, die Volksmotion näher vorzustellen. Die Volksmotion mit 561 Unterschriften ist innert kürzester Zeit zustande gekommen. Dieser Sachverhalt ist bemerkenswert. Mit so einer kraftvollen und spontanen Unterstützung muss der Parlamentsbeschluss in Frage gestellt werden. Ich möchte nachfolgend auf ein paar Gründe eingehen:

1. Der Entscheid des Parlamentes ist extrem kurzsichtig. In der Gemeinde Ostermundigen wird immer wieder viel gebaut. Gute Steuerzahlende und Familien sollen angeworben werden. Gleichzeitig sparen die Behörden bei der Bildung. Das ist ein fatales Signal gegen aussen! Als Neuzuziehende staunt man über gewisse Prozesse:
 - Es gibt Schwimmtests gemäss Lehrplan; aber die Vorbereitungen wurden gestrichen. Die Eltern müssen ihren Kindern den Schwimmunterricht erteilen.
 - Es gibt zu wenig und sanierungsbedürftige Kindergärten. Die Zunahme der Bevölkerung war allen schon seit langer Zeit bewusst.
 - Die gemeindefinanzierten Gemeindefächer werden nicht mehr gebraucht bzw. angeboten. Es entsteht der Eindruck, dass die Gemeinde Ostermundigen auf eine "Schmalspur-Bildung setzt", anstatt in eine gute Bildung als Standortvorteil zu investieren.
2. Was zeichnet eine gute Schule letzten aus?
 - Gemeinsames Lernen bzw. zusammen Lernen. Nicht nur Mathematik, Deutsch und Französisch - auch das Zusammenleben. Es geht um gemeinsame Erlebnisse; der Zusammenhalt.
 - Nicht nur der Schulalltag im Klassenzimmer ist wichtig sondern auch Begegnungen ausserhalb dieses behördlichen Rahmens. Ein Schulfest, ein Lager, eine Reise aber auch gemeinsam besuchte Freifächer (Musik machen, Sport treiben, zusammen in den Wald gehen und die Natur erforschen, Konflikte lösen, Theater spielen etc.) sind unerlässlich.

Es geht darum, sich selber und auch die anderen von einer anderen Seite kennenzulernen. Den Schülern soll die Möglichkeit geboten werden, die Welt auch von einer anderen Seite kennenzulernen.

Mit dem getroffenen Parlamentsbeschluss wird dies alles in Frage gestellt - dessen sind wir uns bewusst. Trotzdem sollte ein Teil davon von den engagierten Lehrpersonen angeboten werden, welche genau den Bedürfnissen der Kinder von Ostermundigen entsprechen.

3. Es ist schlicht und einfach unfair! Die Schule muss für die Chancengerechtigkeit sorgen. Ein vielfältiges Freifachangebot ist für diese Kinder doppelt wichtig, da die Eltern infolge ihrer finanziellen Möglichkeiten bzw. der zur Verfügung stehenden Zeit nicht dermassen viel fördern können. Auch diesen Kindern ist die Möglichkeit zu geben, etwas Neues auszuprobieren und sinnvolle Freizeitangebote zu nutzen. Dies ist in der Gemeinde Ostermundigen mit der multikulturellen Herkunft der Kinder besonders wichtig!

Kopfschütteln hat ebenfalls ausgelöst, dass die dringliche Volksmotion erst heute Abend behandelt wird. Mit einer früheren Behandlung wäre den Schulen die Möglichkeit geschaffen worden, die Freizeitangebote nach den Sommerferien verbindlich zu planen. Jetzt steht noch alles in der Luft und mit einer Annahme der Volksmotion können die Schulen die Angebote erst nach den Herbstferien einstellen. Die Verlässlichkeit sieht anders aus. Verlässlichkeit ist wichtig, auch für Eltern welche die Schule ihrer Kinder und den Beruf zeitlich abstimmen müssen. Durch den gefällten Parlamentsentscheid gibt es keine Verlässlichkeit. Wenn die Freifächer in einem Jahr angeboten werden und in einem späteren Jahr nicht mehr, dann kann nicht von Verlässlichkeit gesprochen werden.

Aus all diesen Gründen möchten die Mitunterzeichnenden dem Parlament die Erheblicherklärung der Volksmotion ans Herz legen. Der erforderliche Nachkredit sollte gesprochen werden. Die Eltern und vor allem die Schülerinnen und Schüler werden dies dem Parlament danken.

----- **A p p l a u s (a u s d e m Z u s c h a u e r r a u m)** -----

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Möchte sich der Gemeinderat bzw. das Parlament zum Geschäft äussern?

Rolf Rickenbach (FDP): Die FDP.Die Liberalen-Fraktion wird die Volksmotion trotz der beachtlichen Anzahl Unterschriften ablehnen. Nicht primär aus Konsequenzgründen in Bezug auf die finanziellen Ersparnisse sondern weil der Gemeinderat einen anderen Weg geplant und entschieden hat.

Am 1.8.2018 fängt der Lehrplan 21 an. Eine wesentliche spürbare Veränderung des Lehrplans 21 sind die Mehrlektionen, welche auf unsere Kinder zukommen. Für die Erstklässlerinnen und Erstklässler bedeutet dies neu zwei bis drei Nachmittage Schulunterricht. Für die die Fünft- und Sechstklassen stehen neu 31 obligatorische Lektionen an. D. h. wenn jeder Morgen mit Frühlektionen belegt wird, müssen mindestens noch drei Schulnachmittage besucht werden. In der Oberstufe fallen 35 obligatorische Lektionen an. Man rechne: 5 Vormittage mal 5 Lektionen; es verbleiben 10 Lektionen für am Nachmittag; d. h. vier Nachmittage mit zwei bis drei Lektionen. Dies betrifft ausschliesslich den obligatorischen Schulunterricht.

Es gibt noch die Angebote der Schule - früher der fakultative Unterricht - welcher ganz ordentlich vom Kanton bzw. Gemeinde angeboten wird. Das sind rund 60 Lektionen. In der Regel eine Lektion pro Klasse.

Falsch in der gemeinderätlichen Beantwortung der Volksmotion ist die Aussage, dass hier etwas geändert hat. Die Richtlinien wurden nicht verschoben. Der Schulinspektor ist seinen Vorgaben treu geblieben. Es braucht rund 10 Schülerinnen oder Schüler für ein Angebot, als dann kann die Lektion durchgeführt werden.

① Was ist passiert?

Diverse Schule haben zurzeit Mühe, dass heutige Angebot bzw. die Stunden zu belegen. Der Hauptgrund liegt darin, dass die Kinder bereits jetzt ein ausgefülltes Wochenprogramm belegen. Die Auswahl der Freizeitangebote wird immer grösser und es können nicht alle besucht werden. Mit anderen Worten: Schon heute ist es schwierig, die ordentlichen Angebote der Schule effektiv durchführen zu können.

Die Vorrednerin hat erwähnt, dass die Lektionen gestrichen worden sind, welche für die Basis vorgesehen waren. Das ist der richtige Lösungsansatz: Die Schule ist frei im ordentlichen Angebot ihrer Schulfächer. Die Schulen müssen die gut besuchten Schulfächer eruieren und weiterhin anbieten. Zumindest dann könnten die Lektionen für die Zukunft gesichert werden.

Sollte der Gemeinderat wieder gemeindeeigene Lektionen aufnehmen, dann empfehle ich ihm, diese nicht als "Angebot der Schule" sondern als "Schulsport" zu betiteln. Dies wird in vielen anderen Berner Gemeinden so gehandhabt. Ich persönlich empfehle, die Lektionen als "Team-Sport" zu betiteln. "Tennis" sollte nicht durch die öffentliche Hand finanziert werden. Die Schüler des Fussballklubs müssen den Mitgliederbeitrag selber finanzieren. Hier ist Vorsicht geboten!

Wenn irgendjemand von "Sparmassnahmen im Bildungsbereich" berichtet - und dies im Jahre 2018 - dann hat diese Person den möglichst schlechtesten Zeitpunkt gewählt: Was in diesem Jahr im Kanton Bern an Bildung ausgegeben wird (vor allem durch die Mehrlektionen im Lehrplan 21) ist exorbitant. Ob es richtig ist, diese siebenstelligen Beträge für die Gemeinden in die obligatorischen Mehrlektionen zu setzen, sowie auf den Lernerfolg der Kinder zu setzen, dazu habe ich eine dezidierte Meinung.

① Und mein persönliches Fazit

Wenn unsere Kinder heute ein Wochenprogramm vorgesetzt bekommen, welches am Montagmorgen um 07.00 Uhr startet und am Freitagabend um 18.00 Uhr endet, und dies nur mit obligatorischem Schulunterricht ausgefüllt ist, dann ist dies das falsche Signal bzw. die falsche Richtung für unsere Kinder. Ich finde es extrem wichtig, dass unseren Kindern noch Freiräume zur Verfügung stehen. Freiräume, welche sie selber gestalten können. Vielleicht sollten sich die Kinder auch einmal langweilen dürfen; dies ist extrem wichtig. Eine sehr wichtige Erfahrung, welche wir ihnen ermöglichen sollten. Als Vater bin sehr froh, wenn ich mit meiner Tochter einmal selber in den Wald gehen darf, selber mit ihr in die Boulderhalle klettern kann - dies mach ich. Das ganze verpackt in das Thema "Vereinbarung Familie und Beruf" stimmt beim Aspekt "Familie" heute nicht mehr. Das ganze wird nur noch vereinbart mit dem "Beruf".

----- **A p p l a u s (a u s d e m P l e n u m)** -----

Lucia Müller (SVP): Ich verstehe das Anliegen. Trotzdem - die SVP-Fraktion ist nach wie vor der Ansicht, dass dieses Begehren abgelehnt werden muss. Ich muss meinem Vorredner und Fachmann in fast allen Punkten Recht geben. Er ist Schulleiter und weiss, von was er spricht.

Ich bin seit langer Zeit Mitglied der Schulkommission und ausgebildete Lehrerin. Auch ich habe eine gewisse Ahnung von diesem Thema.

Es wäre denn auch nicht die erste Volksmotion, welche im Rat nicht überwiesen würde. Es gab schon deren mit über 800 Unterschriften, die abgewiesen wurden.

① Begründungspunkte

Die Unterschriften wurden zum Teil unter unklaren Informationen geleistet. Nicht alle Unterzeichner waren sich bewusst, dass

1. nicht ALLE Angebote (lediglich 17 davon; 27 Angebote bleiben bestehen) gestrichen wurden und
2. dieser Beschluss nur für das kommende Schuljahr gilt und mit dem neuen Budget wieder neu diskutiert werden kann.

Beim beschlossenen Abbau handelt es sich, wie bereits eingangs erwähnt, nicht um alle freiwilligen Angebote der Gemeinde. Nur um jene, die die Gemeinde allein finanziert. In der Botschaft Seite 3 wird in der Tabelle klar aufgezeigt, welche Angebote weiterhin bestehen bleiben.

So wurden in der Hauptsache Sportangebote reduziert, da diese in Vereinen oder zu guten Konditionen auch privat besucht werden können. Ein breites Spektrum von Musik, Gestalten, Theater, Schülerband, Foto usw. bleibt bestehen.

Es kann nicht sein, dass die Gemeinde finanziell an allen Ecken und Enden sparen muss, aber ihren Schülern Tennisunterricht oder Handballangebote finanziert.

Die Bläserklasse wurde ohnehin aufs Eis gelegt, um erst einmal die noch freien Kapazitäten bei den Schülern auszuloten, wenn sie alle mit Lehrplan 21 weniger freie Lektionen haben werden.

Dies ist mit ein Grund, weshalb sich die SVP hinter die Schulleiterkommission, die Schulkommission und die Abteilung Bildung, Kultur, Sport stellt und diesen Sparschritt im Moment als zumutbar beurteilt. Wenn in ein bis zwei Jahren sich alles eingependelt hat, kann wieder über zusätzliche Angebote diskutiert werden. Im Moment finden wir, dass die Schüler sich jetzt einmal an den Lehrplan 21 gewöhnen sollen. Danach werden wir gesprächsbereit sein.

Und ganz ehrlich: Wenn ich keine Zeit habe, um mit meinen Kindern hin und wieder in den Wald zu gehen, dann verzichte ich auf eigene Kinder!

Rahel Wagner (EVP): Wenn es notwendig wird, bei der öffentlichen Hand Einsparungen zu machen, dann gehen die Wogen meist hoch. Dies kommt nicht darauf an, ob die Einsparungen bei der Bildung, beim Sozialen oder bei den Infrastrukturen etc. erfolgen oder die Ertragsseite in der Rechnung mittels Steuererhöhungen verbessert wird. Immer ist die Bevölkerung davon betroffen. Und immer wird moniert, dass gerade in dem einen Bereich, den man selbst für sehr wichtig hält, nicht gespart werden darf. Zudem werden auch Steuererhöhungen nicht einfach so goutiert.

In der vorliegenden Volksmotion werden ohne Zweifel sehr viele gute Gründe genannt, weshalb das Gemeindeangebot an freiwilligen Lektionen an den Ostermundiger Schulen weitergeführt werden sollte.

Ich kann Ihnen versichern, dass bei der politischen Arbeit diejenigen Geschäfte am unbeliebtesten und schwierigsten sind, bei welchen es um Einsparungen geht. Wären wir eine reiche Gemeinde mit jährlich positiven oder zumindest ausgeglichenen Budgets und Rechnungsabschlüssen, müsste man nicht lange überlegen, ob die freiwilligen Lektionen angeboten werden sollen oder nicht. Nun aber sind die finanziellen Verhältnisse von Ostermundigen eben nicht so rosig, dass das Geld mit beiden Händen ausgegeben werden kann, ausser man würde eine saftige Steuererhöhung vornehmen. Wollen wir dies?

Die EVP/CVP-Fraktion hatte im Dezember für das Budget 2018 gestimmt. Sie musste es aber hinnehmen, dass der Grosse Gemeinderat die erste Budgetvorlage mit dem Auftrag ablehnte, nochmals eine halbe Million einzusparen. Dieser Betrag musste buchstäblich zusammengekratzt werden, und zwar in allen Bereichen der Gemeindedepartemente. Der Auftrag an den Gemeinderat, das Budget zu kürzen, war ein demokratischer Entscheid und wird auch von unserer Fraktion berücksichtigt.

Trotz der politischen Überzeugung der EVP/CVP-Fraktion bezüglich einer guten Bildung, werden wir die vorliegende Volksmotion mehrheitlich – also nicht die ganze Fraktion – ablehnen. Weshalb:

- Wie der Botschaft des Gemeinderates zu entnehmen ist, wurden bisher ein bis zwei freiwillige Lektionen pro Klasse bewilligt. Mit dem neuen Lehrplan 21 ist es durchschnittlich eine Lektion pro Klasse. Es ist also nicht so, dass es in Ostermundigen gar kein freiwilliges Angebot mehr gibt. Es werden nur die Angebote gestrichen, welche durch die Gemeinde allein finanziert wurden. Zu berücksichtigen ist auch, dass mit dem neuen Lehrplan die Anzahl Schulstunden pro Woche angehoben wird, d. h. die Schülerinnen und Schüler haben mehr Lektionen, so dass ihnen weniger Freizeit zur Verfügung steht.
- Ein weiterer Punkt ist, dass die Ostermundiger Schulen sehr gut aufgestellt sind und das Lehrpersonal sein Bestes gibt, um die Schulkinder zu fördern und ihnen einen guten Start ins Erwachsenenleben zu ermöglichen. Die freiwilligen Lektionen sind eben deshalb freiwillig, weil die Bildung mit dem «normalen» Schulbetrieb ausreicht, um ein Kind diejenigen Kompetenzen zu lehren, die es braucht.
- Und - Hand aufs Herz - ist es nicht so, dass kein Kind aus Ostermundigen für sein gesamtes Leben einen grossen Nachteil erfährt, wenn es weniger freiwillige Lektionen besuchen kann? Seine Eltern und das ganze Umfeld sind ja ebenso in den Entwicklungs- und Lernprozess eines Kindes einbezogen und tragen Verantwortung dafür, dass sie es sorgfältig begleiten, seine Fragen und seine Neugierde ernst nehmen und sie entsprechend zufriedenstellen. Dies ist bei weitem der grössere Anteil in der Erziehungs- und Förderungsarbeit, als wenige freiwillige Lektionen an den Schulen.

Ich bitte die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksmotion um Verständnis, wenn wir diesen Vorstoss heute ablehnen.

Auf etwas möchte ich aber noch hinweisen, das mir sehr wichtig ist: Ostermundigen hat eines der schönsten Freibäder im Raum Bern, obwohl wir uns dieses gar nicht leisten können. Mit der Schliessung des Bades hätten wir einen grossen «Ausgaben-Brocken» weniger, der wirklich ins Gewicht fällt. Die Parlamentsmitglieder sind sich aber einig, dass dieses Angebot auf keinen Fall gestrichen werden darf. Deshalb wurde das Bad auch für mehr als CHF 4 Mio. sa-

niert. Ich möchte damit aufzeigen, dass Ostermundigen sich durchwegs Mühe gibt, der Bevölkerung attraktive Angebote zur Verfügung zu stellen, um die Lebensqualität zu erhalten. Bei relativ kleinen Einsparungen darf deshalb nie der Blick für das Ganze verlorengehen.

Ich freue mich, dass auch diesen Sommer viele Ostermundiger Kinder sich zusammen mit ihren Eltern und ihren «Gspändli» im Bad vergnügen können und wünsche allen eine schöne Ferienzeit.

Bettina Fredrich (parteilos): Ich finde es löblich, wenn Parlamentsmitglieder als Eltern oder Grosseltern die Freizeit mit den Kindern im Wald verbringen. Es gibt viele Familien in Ostermundigen, wo beide Elternteile einer geregelten Arbeit nachgehen müssen. Auch ich finde es sinnvoll, wenn es den Kindern einmal langweilig ist. Wir müssen sie nicht immer unterhalten; da bin ich mit den Vorrednern einverstanden. Heute gibt es Kinder in Ostermundigen, welche ab dem Kindergartenalter den Mittag und nach Schulschluss alleine zuhause verbringen. Sie beschäftigen sich auf ihren Handys und können auf keine gute Freizeitgestaltung zugreifen.

Ich möchte euch ein paar Gedanken mitgeben. Bitte bedenkt in der kommenden Abstimmung:

1. Alle fachlichen Gremien, - die inhaltlich mit der Schule zu tun haben, die dort arbeiten, diese leiten - Elternräte, Lehrerinnen, Schulleiterinnen, die Schulkonferenz, die Schulkommission haben sich für die gemeindeeigenen Freifächer ausgesprochen. Der Leiter der Schulkommission z. B. meinte «es ist ein höchst sinnvolles Angebot».
2. Die Schule ist kompetent, gute Angebote auszuwählen.

Einige stören sich über die Foki der Angebote - Tennis mögen einige als überflüssig einstufen! Darüber kann man streiten. Ich bin überzeugt, dass wir hier über ein Gesamtpaket entscheiden, die Inhalte werden von den kompetenten LehrerInnen entschieden, die nahe an der Schule sind/bei den Kindern sind, die wissen, was es braucht! Wer hier mitdiskutieren will, soll dies in der Schulkommission tun. Die Mehrheit der Stimmbevölkerung wird das auch so sehen - erst kürzlich haben wir in einer Schweizweiten Abstimmung entschieden, dass die Kompetenz für die Inhalte des Lehrplans 21 bei den Expertinnen liegen soll - den Lehrerinnen und Lehrern den Schulen.

3. Der Bedarf ist kein Argument gegen die gemeindeeigenen Freifächer.

Mit der Umstellung auf Lehrplan 21 viel Ungewissheit, bei Schülerinnen, bei Eltern, bei Lehrkräften. Wie viele Freifächer erträgt es? Wie viele sind gut für mein Kind? Die Schulstunden sind angestiegen. Folgen dieser Verunsicherung - die Anmeldungen für die kantonseigenen Freifächer gingen zurück. Dies ist allerdings nicht vorschnell zu interpretieren, dass kein Bedarf an gemeindeeigenen Freifächern besteht.

Kantonseigene sind schulnahe Fächer wie z. B. Gestalten und Musik. Das Gemeindeangebot ist schwergewichtig mehr Sport und Freizeit orientiert. Das sind ganz andere Kinder, die Selbstverteidigung und Handball wählen. (Martin Frei, der Leiter der Schulkonferenz, hat mir das bestätigt).

Letztlich ist das aber nicht unbedingt wichtig: Denn, wenn tatsächlich kein Bedarf vorhanden ist, dann entstehen auch keine Kosten. Auch das hat mir Herr Frei bestätigt.

4. Es ist ein ganz schlechtes Signal, wenn Ostermundigen bei der Bildung spart. Dies wird Auswirkungen haben.

Das Ziel und die Strategie von Ostermundigen: ZuzügerInnen zu gewinnen! Genau diese legen aber Wert auf eine gute Schule und ein gutes Angebot.

560 stimmberechtigte Männer und Frauen (viele mehr hätten gerne unterschrieben/ haben aber keine Stimmberechtigung) haben die Volksmotion unterzeichnet. Sie sind besorgt und erzürnt. Wir werden von dieser Bevölkerung gewählt - wir haben eine Verantwortung wahrzunehmen.

Abschliessend: Ostermundigen hinkt in der Bildung hinten nach. Wir sehen das auch in der Interpellationsantwort auf die Sekübertrittsquote. Wir stehen vor grossen Herausforderungen. Wir wollen eine gute Durchmischung mit gleichen Chancen für alle Kinder. Das erreichen wir sicher nicht, wenn wir bei der Bildung sparen!

Priska Zeyer (parteilos): Vor rund einer Stunde haben wir über die Jahresrechnung 2017 inkl. einem Nachkredit von CHF 230'000 genehmigt - ohne Gegenstimme. Jetzt geht es um CHF 26'000. Die Vorredner haben vom Sparen gesprochen und dass auch die Schule sparen muss. Es geht nicht; es ist einfach lächerlich.

Als ich den Antrag des Gemeinderates gelesen habe, habe ich den Augen nicht getraut. Die Begründung hat rein gar nichts mit dem Inhalt der Motion zu tun, und für mich bedeutet dies, dass es der Leitung des Schuldepartements egal ist, wenn Angebote wegfallen.

Es ist ganz einfach lächerlich, wegen CHF 25'000 auf Stur zu schalten, mit der Begründung, auch die Schule muss ihren Beitrag leisten. Der Hinweis, die Streichung der Freifächer sei nur für dieses Schuljahr und werde fürs 2019 wieder ins Budget genommen, ist sowieso ein leeres Versprechen. Auch im nächsten Budget muss wieder massiv gespart werden, das ist jetzt schon klar.

Das Timing, dass die Volksmotion erst heute im Grossen Gemeinderat (GGR) diskutiert werden kann, ist reine Taktik. Diese Motion um zwei Monate hinausschieben soll dem Parlament zeigen, dass es ja sowieso sehr spät sei für die Umsetzung. Wir sollen die Motion deshalb ablehnen.

Warum sind wir denn für die Umsetzung der Motion und natürlich gegen alle weiteren Sparrunden im Bildungsangebot:

Die Schulen brauchen Planungssicherheit. Es müssen Lehrpersonen eingeplant werden, oder es müssen externe Personen für die Freifächer angefragt werden. Wie soll die Schule da planen? Aber auch die Eltern brauchen diese Sicherheit. Wenn das Angebot dauernd verändert wird, können berufstätige Eltern nicht mehr längerfristig planen, mit dem Fazit, dass ein Elternteil wieder zuhause bleiben muss. Wir können nicht nach unserem Gutdünken einmal dort den Sparhebel ansetzen, dann wieder an einem anderen Ort. Dieses Jahr sind die Freifächer gestrichen, im 2019 sind sie wieder im Angebot. Was soll das?

Im Artikel der GLP in der Bantiger Post von heute ist genau dieses Argument auch gefallen. Zitat: „*Es bleibt aber eine Überlegung wert, ob dieser Betrag im nächsten Jahr nicht wieder der Schule zur Verfügung gestellt wird, allenfalls für einen anderen Zweck (Prävention, Lager o. ä.).*“

Wir im GGR können doch dieses Hin und Her im Angebot der Schule weiter provozieren mit unseren Mikrosparvorschlägen.

Lager z. B. brauchen eine lange Planung. Das kann nicht einfach so kurzfristig bewilligt werden oder eben nicht, so kann die Schule ihre Aufgaben nicht wahrnehmen! Wenn erst im November ein Lagerhaus reserviert werden kann, geht das evtl. erst fürs übernächste Jahr ... ja und dann ist das Lager halt vielleicht wieder gestrichen worden vom GGR. Das geht nicht!

Mehr als 500 Unterschriften sind zusammen gekommen. Der Volkswille zeigt, wie wichtig den Eltern Bildung und in diesem Fall v. a. ein Angebot an freiwilligen Fächern ist.

Der Volkswille soll respektiert werden. Das hört man doch immer von rechter Seite, wo bleibt heute eure Solidarität mit dem Volk?

Es ist wirklich ein Armutszeugnis für Ostermundigen, was heute Abend hier passiert. Es zeigt symbolisch auf, wie wenig Bildung in unserer Gemeinde Wert hat und dies, könnt ihr mir glauben, wird ganz sicher in der breiten Bevölkerung wahrgenommen.

Und zum Schluss nochmals zur Salomitaktik in Ostermundigen. Wenn man jedes Jahr ein Rädchen abschneidet, auch wenn es klein ist, ist irgendwann Schluss. Vor ein paar Jahren waren es die Beiträge an Landschulwochen und Skilager, dann kam die Streichung der Aufgabenhilfe, die Schwimmkurse wurden ebenfalls gestrichen (obwohl vom Kanton verlangt wird, dass Schwimmkurse ein Teil des Sportunterrichtes ist) und dass alle Schüler den Wassersicherheitscheck absolvieren müssen und bestehen sollen Ende der 5. Klasse.

Wenn nicht endlich der Abbau auf der Angebotsseite gestoppt wird, werden Familien aus Ostermundigen wegziehen. Wir werden gute Steuerzahler verlieren, die wir eigentlich nötig haben.

Aus all diesen Gründen empfehle ich euch, die Volksmotion anzunehmen!

Zwecks Transparenz gegenüber den Anwesenden, stelle ich den **Ordnungsantrag** auf

➔ *Namensaufruf bei der Abstimmung.*

Dorothea Züllig von Allmen (GLP): Die GLP/BDP-Fraktion hat ihre ablehnende Position bereits in der heutigen Ausgabe der "Bantiger Post" dargelegt. Ich möchte nicht alles aus dem Medienbericht wiederholen. Auf ein paar Voten meiner Vorrednerinnen und Vorredner möchte eingehen:

Ich bin ebenfalls eine Neuzuzügerin, ich bin eine Mutter mit schulpflichtigen Kindern und arbeite zu 50 Prozent. Als wir nach Ostermundigen umzogen, haben wir uns nicht als erstes das Angebot der Freifächer der Schulen ins Bild gesetzt. Wir haben die Gemeindehomepage aufgeschaltet, das Vereinsverzeichnis studiert, was bietet die Gemeinde Ostermundigen an, wie hoch ist der Steuerfuss etc. Selbstverständlich gibt es attraktivere Gemeinden zum wohnen - vor allem den Steuerfuss betreffend.

Die kräftige Volksmotion, welche innert kürzester Zeit zustande gekommen ist, wurde auch in unserer Fraktion eingehend besprochen. Wir haben zuerst auch über die Streichung der Freifächer protestiert. Wir haben im Artikel in der "Bantiger Post" über das Angebot der Freifächer erwähnt, dass hier kein Bildungsabbau vollzogen wird. Wie mehrfach erwähnt, wird mit

dem Lehrplan 21 das Bildungsangebot ausgeweitet. Die Kinder müssen einige Lektionen mehr in der Schule besuchen. Es wird ihnen bestimmt nicht langweiliger als zuvor werden.

Die Einsparungen von CHF 26'000 haben zu grossen Diskussionen geführt. Die GLP/BDP-Fraktion war zuerst auch gespaltener Meinung. Trotzdem, der Gemeinderat hat die Einsparungen nach Rücksprache mit den Schulleitungen vorgenommen. Der Vorschlag kam von der Schule. Die Mitglieder der Schulkommission unterstützen den Vorschlag - denn dieser macht Sinn. Es ist kein Sparen an den Kindern, sondern ein Sparen das Sinn macht! Dazu haben wir bereits einige Voten heute Abend mit auf den Weg bekommen und wir können diese Voten nur unterstützen.

In der Gemeinde Ostermundigen kann auf ein grosses Angebot an Vereinen zugegriffen werden. Die Pfadfinder, die Sportclubs etc. werden von der Gemeinde Ostermundigen mit CHF 80'000 jährlich unterstützt. Immer mehr Vereine haben die Leistungsvereinbarung unterschrieben. Hier wird Geld ausgegeben für ein grosses Angebot für unsere Kinder. Wir sollten keinen unnötigen Konkurrenzen schaffen. Auch die Besetzung der vielen Freifächer ist nicht gewährleistet. Diverse Freifächer können nicht stattfinden, weil es zu wenige Kinder hat.

Auch der Schwimmunterricht wird angeboten und im Freibad sowie in den angrenzenden Hallenbädern können unsere Kinder das Schwimmen erlernen.

Das Beispiel von "Schullagern" ist bekannt. Die finanziellen Mittel für ein Schullager müssen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden.

Die Freifächer bzw. angebotenen Kurse werden nicht für alle Schulanlagen gleich angeboten. Es stellt sich hier die Frage, ob nicht ein schulanlageübergreifendes Angebot geprüft werden muss.

Hier wird unbestritten eine Einsparung vorgenommen. Doch diese Einsparung darf nicht als "Sparen am Bildungswesen" taxiert werden. Für die GLP/BDP-Fraktion ist es eine durchwegs sinnvolle Einsparung und wir werden die Volksmotion nicht unterstützen.

Rahel Wagner (EVP): Die Diskussion ist interessant: Die Polemik wird für einmal von der SP/Grüne-Fraktion geführt und nicht von der SVP-Fraktion. Zum Teil werden Argumente in die Diskussion geführt, welche schön tönen, jedoch nicht auf dem "Boden der Realität" zu finden sind.

Es wurde ganz klar erwähnt, dass die Schule von Ostermundigen nicht gut sei. Ein Grossunternehmer aus Bern hat mich auf die gute Schule von Ostermundigen aufmerksam gemacht.

Die Gemeinden sind verpflichtet, für die Kinder zu schauen. Der Kanton schreibt die Tagesschulen vor, wenn es 10 Eltern verlangen. Wir betreiben in jeder Schulanlage eine Tageschule. Es muss also kein Kind alleine zuhause bleiben.

Auch die Kindertagesstätten werden von der Gemeinde Ostermundigen angeboten. In der vergangenen Zeit hat das Parlament die Anzahl KiTa-Plätze massiv erhöht und finanziert diese auch.

Ich möchte klar darauf hinweisen und es ist nicht fair, wenn die Ablehnung der Volksmotion auf die Kurzsichtigkeit des Parlamentes hingewiesen wird! Auch die "Schmalspur-Bildung in der Gemeinde Ostermundigen" stimmt nicht. Wir müssen fair miteinander umgehen. Die Polemik muss aufhören und wir müssen auf dem Boden bleiben! - Besten Dank.

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Henrik Schoop (FDP): Ich möchte noch einige Ergänzungen einbringen:

① Dringlichkeit

Auch die Schule benötigt eine gewisse Verlässlichkeit. Die Gemeindestrukturen gelten für die Schulkommission wie für den Gemeinderat. Die Volksmotion wurde so eingereicht, dass diese nicht mehr in der Schulkommission hatte beraten werden können. Die Volksmotion ist in der Schulkommission traktandiert und behandelt worden. Sie konnte so im zeitlichen Prozess erst heute dem Parlament zur Beratung vorgestellt werden. In Absprache mit den Schulleitungen wäre es möglich, die freiwilligen Lektionen im nächsten Halbjahr durchzuführen. Die meisten Schulen bieten die freiwilligen Lektionen erst nach den Herbstferien an. Diesbezüglich würde kein Zug verpasst.

① Lektionen Anzahl (10 Schüler pro 1 Lektion)

Die Aussage von Rolf Rickenbach (FDP) ist richtig. Der Schulinspektor hat hie und da ein Auge zuge drückt und wir konnten davon profitieren. Die Sparmassnahmen des Kantons Bern werden auch Auswirkungen für die Schule von Ostermundigen haben.

① Landschulwochen

Diese werden auch im nächsten Jahr stattfinden. Im Budget 2019 werden die Beiträge für die Landschulwoche ansteigen (Grund: Bundesgerichtsurteil).

① Angebot der Tagesschule

Das Angebot wird von 07.00 bis 18.15 Uhr zur Verfügung gestellt. Auch hier können viele Angebote (z. B. Aufgabenhilfe) genutzt werden.

Einzigartig ist, dass in der Gemeinde Ostermundigen in der Kernaufgabe gespart wird. Jede Abteilung der Gemeinde Ostermundigen muss Einsparungen vornehmen. Wir wollten nicht an der Anzahl Schulkassen und deren Kernauftrag sparen. Es soll dort gespart werden, wo es der Schule am wenigsten weh tut.

① Schwimmkurse - obligatorisches Fach

Der Test bzw. der Sicherheitscheck muss durchgeführt werden. Der Kanton verpflichtet keine Gemeinde, im Vorfeld Schwimmkurse anzubieten. Nicht jede Gemeinde kann auf ein gemeindeeigenes Schwimmbad zugreifen. Die Gemeinde Ostermundigen hat die Schwimmkurse während zwei Jahren durchgeführt und letztendlich die Übung abgebrochen: Dies primär aus organisatorischen Gründen. Es war eine Herausforderung für den Stundenplan. Viele Elternreklamationen sind eingegangen (schwimmen bei nicht schönem Wetter). Die Hallenbäder in der Nachbarschaft waren allesamt schon ausgelastet. Die Schulkommission hat die Aufhebung der Schwimmkurse beantragt.

① Tennis und Unterstützung der Vereine

Die Familie Kratochvil hat mich bereits darauf aufmerksam gemacht, dass das Angebot auf privater Basis weiterhin zur Verfügung gestellt wird. Hier können ebenfalls Lösungen gefunden werden. Auch die Vereine werden weiterhin durch die Gemeinde Ostermundigen finanziell grosszügig unterstützt. Es besteht die Möglichkeit, an sämtlichen Vereinstätigkeiten aktiv teilzunehmen. Die Sozialhilfe übernimmt sogar einen gewissen finanziellen Anteil an den Vereinsbeiträgen.

Rudolf Mahler (SP): Ich habe mich zu diesem Thema nicht speziell vorbereitet; es liegt nicht in meiner "Kernkompetenz". Desto trotz möchte ich eine Anmerkung loswerden:

In Ostermundigen können gute Schulen besucht werden. Lassen wir diesen Zustand gut sein. Fangen wir nicht an, hier gewisse Angebote weg zu sparen. Es geht um sehr wenig Geld. Doch dieses Geld ist für die Schule sehr wichtig, um eine Planungssicherheit zu geniessen. Ich begreife nicht, wieso diese CHF 26'000 eine so grosse Diskussion auslösen können. Vielleicht müssen andere Gruppierungen vorgenommen werden. Es war nie Thema hier im Parlament, die Umgruppierungen vorzunehmen. Das Ganze wurde dem Parlament als "Sparauftrag" verkauft bzw. unterbreitet.

Die diesbezüglichen Reaktionen seitens der SP/Grüne-Fraktion müssen verstanden werden. Die "Schalmeienklänge" aus dem Plenum, dass die Angebote im nächsten Jahr wieder ins Budget genommen werden sollen, glaube ich nicht. Es wird im nächsten Jahr genau gleich weiter gespart, gespart, gespart, gespart...

Auf der anderen Seite droht uns eine Steuererhöhung. Das ist des Teufels und darf auf gar keinen Fall passieren - oder! So läuft es hier in Ostermundigen - voila.

----- **Gelächter und Applaus bricht aus** -----

Christian Zeyer (SP): Ich möchte es genauer in Erfahrung bringen. Ist es so, dass das Bundesgericht dazu führt, dass die Gemeinde Ostermundigen dazu verdonnert wird, die Beiträge für die Landschulwochen zu erhöhen? Und hier spricht jemand von Polemik. Wenn dem so ist, dass wir vom Bundesgericht angehalten werden, erhöhte Landschulwochenbeiträge zu bezahlen, dann finde ich die ganze Angelegenheit schon sehr suspekt.

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Henrik Schoop (FDP): Die Elternbeiträge im Kanton Thurgau waren zu hoch angesetzt und die Eltern haben diese eingeklagt. Die Volksschule sollte grundsätzlich kostenneutral funktionieren. Das Bundesgericht hat die Kostenpauschale pro Tag gesetzt. Wir in Ostermundigen verlangen höhere Elternbeiträge als der Kanton Thurgau. Nach dem Bundesgerichtsurteil haben wir nun der Anteil der Elternbeiträge nach unten korrigiert. Damit wir die Lager trotzdem weiter durchführen können, sind wir im Budget 2019 auf mehr Steuergelder angewiesen.

Rolf Rickenbach (FDP): Zum Votum von Rudolf Mahler (SP): Du hast dich nicht zum Thema vorbereitet und bist entschuldigt. Wir haben nicht über das Schulangebot im Ganzen diskutiert sondern lediglich über die gemeindeeigenen Schullektionen. Wie die Schule das Schulangebot an sich organisiert, dass ist definitiv kein GGR-Geschäft. Die Schule ist vollkommen operativ.

Der von Christian Zeyer (SP) angesprochene Bundesgerichtsentscheid hat nichts mit der Volksmotion an sich zu tun. Das im Dezember 2017 gefällte Bundesgerichtsurteil des Kantons Thurgau sieht einen Kantonsbeitrag von 16 Franken pro Tag vor. Der ganze Kanton Bern (nicht die Gemeinde Ostermundigen) hat den Tarif angepasst. Die Erziehungsdirektion sieht

nun einen Beitrag von 25 Franken vor. Zitat Regierungsrat Pulver: ... *ob dies so von einem Anwalt an das Bundesgericht weitergezogen wird, bleibt dahingestellt*. Im Moment müssen sämtliche Gemeinden im Kanton Bern ihre Weisungen zur Landschulwoche überarbeiten. Hier befinden wir uns auf einer anderen Schiene. Wir dürfen da keine Vermischung vornehmen!

Luca Alberucci (GLP): Wir waren uns zu Beginn unsicher und nicht einig - Dorothea hat bereits ausführlich berichtet. Wir sind nach langen und intensiven Überlegungen dazu gekommen, dass der gemeinderätliche Beschluss nicht als "Sparbeschluss" taxiert werden darf, jedoch sinnvoll ist. Wieso sinnvoll? Wir haben im nächsten Jahr einen deutlichen Ausbau der Anzahl Lektionen. Die freiwilligen Angebote der Gemeinde Ostermundigen werden quasi konkurrenziert. Dieser Missstand darf nicht sein!

Sollte das Angebot "Wald und Natur", welches von der Gemeinde freiwillig angeboten wird, von Seiten Kanton auf die Gemeinde Ostermundigen transferiert werden? Das jetzige vom Kanton mitfinanzierte Angebot bzw. Lektionen werden nicht zustande kommen. Dies darf nicht sein.

Ich möchte der SP/Grüne-Fraktion folgende Frage stellen: Die Schule Dennigkofen bietet im Gemeindeangebot (Finanzierung Gemeinde) die freiwilligen Lektionen "Tennis", "Unihockey" und "Selbstverteidigung" an. Der Kanton bietet: Theater, Yoga, Schülerband, textiles Gestalten etc. (siehe Botschaft Seite 3) an. Macht es aus eurer Sicht Sinn, "Tennis" anzubieten (Finanzierung durch die Gemeinde Ostermundigen) und dafür "Digitale Fotografie" (Finanzierung Gemeinde + Kanton) nicht anzubieten? Es geht nicht ums Sparen, sondern um kühlen Kopf zu bewahren. Welche Gefässe benötigen wir an erster Stelle und welche an zweiter Stelle?

Aus unserer Sicht ist die Sachlage klar. Wir können auf die ausschliesslichen von der Gemeinde Ostermundigen finanzierten Fächer verzichten, da die finanziellen Mittel momentan nicht vorhanden sind.

Rudolf Mahler (SP): Ich möchte mich noch bei Rolf Rickenbach (FDP) bedanken: Es ist schön, dass ich entschuldigt bin - das freut mich.

Auch wenn ich mich nicht sehr intensiv mit dem Geschäft befasst habe, kann ich doch eine gewisse Lebenserfahrung vorweisen: Ich bin bald 70 Jahre alt; habe Kinder und Grosskinder grossgezogen; ich weiss wie unser Schulsystem funktioniert. Ich weiss auch, dass im Schulsystem stark gespart wird. Es wird vielleicht mehr Geld ausgegeben, aber letztendlich wird gespart. Und vor allem für die Gemeinde Ostermundigen geht die ganze Sache nicht auf. Wenn wir jetzt auch noch die paar Fränkli einsparen, welche zur Diskussion stehen, ja dann werden bestimmt auch im nächsten Jahr diese Budgetposten gestrichen. Die verschiedenen Angebote werden nicht umgruppiert sondern eingespart. So läuft es in der Gemeinde Ostermundigen und so wird es sein!

Christian Zeyer (SP): Es gibt eine relativ einfache Antwort: Bei der digitalen Fotografie sitzen oder stehen wir. Beim Tennis kommt dies schlecht heraus. Wir wissen, dass unsere Kinder viel zu viel sitzen. Sie müssen sich mehr bewegen. Alle Angebote sind Sportangebote. Ich bin der Meinung, dass, wenn die Kinder heute viel herumsitzen, diese Sportangebote unbedingt für die Mehrbewegung nicht gestrichen werden dürfen. Das obligatorische Schulangebot sieht

vermehrt kopflastige Lektionen vor, anstatt mehr Bewegung für die Kinder anzubieten. Das ist nicht sinnvoll.

In der gemeinderätlichen Botschaft steht auf Seite 2 die folgende Aussage:

Die freiwilligen Gemeindelektionen wurden nicht leichten Herzens gestrichen. Aber nur weil es sich um eine freiwillige Leistung handelt, besteht überhaupt die Möglichkeit einer Einsparung. Bei der Kürzung der Gemeindelektionen geht es um eine einmalige Sparmassnahme im Jahr 2018. Diese Lektionen werden im Budget 2019 wieder berücksichtigt.

Das hat nichts mit der Aussage von Luca Alberucci (GLP) zu tun.

Bettina Fredrich (parteilos): Ich wiederhole mich nochmals - im gleichen Sinne wie Christian Zeyer (SP) vorhin erwähnt hat: Es geht bei den gemeindeeigenen Angeboten hauptsächlich um sportliche Lektionen - zum grossen Teil Schulsport. Es ist aber nicht einfach Pfadi oder Jubla - sondern die Angebote enthalten zum Teil auch Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter. Kinder, die ihre Freizeit nicht optimal verbringen, werden hier vermittelt. Es ist eine Nahtstelle. Die Betreuung der Jugendlichen ist anders als in der Pfadi. Viele der Angebote werden hauptsächlich von Eltern mit Migrationshintergrund mehr geschätzt, wenn die Schule als Organisator auftritt.

Ratspräsident Thomann Thulani (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir haben zuerst über den **Ordnungsantrag** von Priska Zeyer (parteilos) abzustimmen. In der GO GGR wird unter Artikel 44 Absatz 3 erwähnt:

Auf Verlangen von zehn Ratsmitgliedern wird unter Namensaufruf abgestimmt. In diesem Falle wird die Stimmabgabe sämtlicher Mitglieder protokolliert.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag wird mit 21 Ja-Stimmen angenommen.

Ratspräsident Thomann Thulani (SP): Der Gemeinderat beantragt dem Grossen Gemeinderat die Motion abzulehnen. D. h. wer die Motion annehmen will --> stimmt JA; wer die Motion ablehnen will --> stimmt NEIN.

Aliosha Walter (FDP): Wer die Freifächer beibehalten will, stimmt jetzt JA und wer die Freifächer nicht will, stimmt NEIN.

Abstimmung mittels Namensaufruf

Name	Vorname	JA	Nein	Enthaltung
Alberucci	Luca		X	
Bärtschi Mosimann	Astrid		X	
Bendoza	Thomas		abwesend	
Bolliger	Renate			X
Buchter	Yannick		X	
Fels	Silvia		X	
Fiechter	Beat		X	
Fredrich	Bettina	X		
Friedli	Hans Peter		X	
Hangartner	Judith	X		
Hausammann	Hans-Rudolf		X	
Hirsiger	Ernst		X	
Hubschmid	Roger		X	
Leiser	Christoph	X		
Lindenmann	Peter	X		
Löhner	Sandra		X	
Luyet	Cédric		X	
Mahler	Rudolf	X		
Müller	Lucia		X	
Nova	Colette	X		
Ögüt	Hasan	X		
Rajaratnam	Saibaven	X		
Rickenbach	Rolf		X	
Rüfli	Roland		X	
Schneiter	Roger		X	
Studer	Martin		X	
Tanner	Adrian	X		
Thomann	Thulani	--	--	--
Toggwiler	Denis		abwesend	
Wagner	Rahel		X	
Walter	Aliosha		X	
Weber	Marlis		X	
Weibel	Tobias		X	
Weishaupt	Jakob	X		
Wipfli	Hans		X	
Zaugg	Gerhard		X	
Zeyer	Priska	X		
Zeyer	Christian	X		
Züllig von Allmen	Dorothea		X	
Zysset	Walter		abwesend	
Total 39 (Präsidium stimmt nicht)		12	23	1

B e s c h l u s s

Die dringliche Volksmotion betreffend Weiterführung des Gemeindeangebots an freiwilligen Lektionen für die Primar- und Sekundarstufe wird abgelehnt.

----- 20 minütige Pause -----

10.3.72 Motionen
10.0.11 Reglemente Gemeinde

130. Überparteiliche Motion betreffend Änderung des Reglements über die ständigen Kommissionen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Wir fahren mit der Sitzung fort. Wir sind beim Geschäft Nr. 130 angekommen.

Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Zuerst darf sich die Erstunterzeichnerin zur gemeinderätlichen Beantwortung äussern.

Astrid Bärtschi Mosimann (BDP): Ich danke dem Gemeinderat für seine Ausführungen. Ich mache beliebt, dass wir dem Antrag des Gemeinderates Folge leisten.

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 35 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Motion betreffend Änderung des Reglements über die ständigen Kommissionen wird erheblich erklärt.

10.3.72 Motionen

131. Überparteiliche Motion betreffend Offenlegung des vorherigen Mietzinses: Für mehr faire und bezahlbare Wohnungen und Mietverhältnisse in Ostermundigen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Zuerst darf sich die Erstunterzeichnerin zur gemeinderätlichen Beantwortung äussern.

Colette Nova (SP): Der Gemeinderat hat eine armselige Stellungnahme abgegeben. Ich bin äusserst enttäuscht:

- Er hat die überparteiliche Motion offenbar nicht richtig gelesen.
 - Die Bekämpfung von Wohnungsmangel ist eines der Ziele. Es gibt aber auch noch andere Ziele, die stehen auch in der Motion: Die Herstellung von Transparenz, Wettbewerb und die Stärkung der Rechte der Mieter. Auch in Ostermundigen würde das den Mietern nutzen. Mieter - das sind die meisten Einwohner der Gemeinde. In Ostermundigen wohnen viele Menschen wohnen, die nicht sehr zahlungskräftig sind. Die Motion käme aber auch dem ganz normalen Mittelstand zu gute.
 - Der Gemeinderat verweist auf OR-Bestimmung (OR = Obligationenrecht). Die gibt es, ja. Aber wenn man ehrlich ist, weiss man auch, dass die meisten Menschen diese OR-Bestimmungen nicht kennen und sich nicht genügend wehren können. Dort greift die Formularpflicht: Sie ermöglicht es, dass Mieter den vorherigen Mietzins erfahren und über ihr Anfechtungsrecht informiert werden.
 - Ich bin auch erstaunt, dass der Gemeinderat so genau weiss, dass die Formularpflicht nutzlos sein soll. Mehrere Kantone haben sie eingeführt und gute Erfahrungen damit gemacht.
 - Das Beispiel Genf ist ein schlechtes: Ich kenne den Kanton Genf gut, ich habe dort gelebt und studiert. Dort sind Boden und Wohnungen einfach schon mal sehr knapp, die Nachfrage übersteigt das Angebot. Das führt zu hohen Preisen und Wohnungsnot. Ob die kantonale und kommunale Regulierung die Wohnungsnot dämpft oder im Gegenteil anheizt, darüber kann man sich streiten. Darum geht es hier aber nicht, denn die Formularpflicht ist etwas anderes als die dortigen Regulierungsmassnahmen. Dieser Vergleich, den der Gemeinderat hier macht, ist – mit Verlaub – Chabis. Die Formularpflicht ist ein liberales Instrument. Sie ist keine Bauvorschrift und sie greift nicht in die Rechte und Pflichten der Parteien ein.
- Wenn Gemeinden die Möglichkeit haben, die Formularpflicht einzuführen und sich für die Formularpflicht stark zu machen, dann ist das ein Recht, das sie wahrnehmen können. Wie jedes andere Recht auch. Wenn an anderen Orten das nicht wahrgenommen wird, ist das kein Grund, in Ostermundigen darauf zu verzichten. Im Kanton Bern ist übrigens ein parlamentarischer Vorstoss hängig.

Die Formularpflicht ist etwas einfaches, aber nützliches.

Ich bitte den Rat, der Motion zuzustimmen.

Persönliche Erklärung

Colette Nova (SP): Ich habe noch einen Vorschlag für das Ratsbüro:

Wenn Parlamentsmitglieder einen politischen Vorstoss einreichen, dann ist dies ein Antrag von einem Teil des Grossen Gemeinderates als Gesamtgremium. Über diesen Antrag müssen wir abstimmen und nicht über den Antrag des Gemeinderates. Der Gemeinderat darf Stellung nehmen und Anträge stellen. Aber letztendlich stimmen wir ab, ob wir den politischen Vorstoss annehmen wollen oder nicht. Wir können die Abstimmungsprozedere sehr vereinfachen:

Wer die Motion annehmen will --> stimmt ja;

Wer die Motion ablehnen will --> stimmt nein.

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 21 zu 13 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Die überparteiliche Motion betreffend Offenlegung des vorherigen Mietzinses: Für mehr faire und bezahlbare Wohnungen und Mietverhältnisse in Ostermundigen wird abgelehnt.

10.3.72 Motionen
20.9.21 Pensionskasse

132. Überparteiliche Motion betreffend Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen der Gemeinde Ostermundigen aufgrund des Debakels der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO); Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Zuerst darf sich die Erstunterzeichnerin zur gemeinderätlichen Beantwortung äussern.

Colette Nova (SP): Es ist klar, dass bei der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) Fehler gemacht worden sind; menschliche Fehler. Für mich als Spezialistin ist auch klar, was falsch gemacht worden ist. Von aussen ist es aber schwierig, zu sagen, warum diese Fehler gemacht worden sind und wer genau dafür verantwortlich ist. Sehr wahrscheinlich Viele. Ob diese Fehler auch eine Haftung im zivilrechtlichen Sinne begründen, kann man nicht so einfach sagen. Die Kosten dieser Fehler sind vor allem für die Gemeinde und die Steuerzahler sehr gross.

Unterdessen ist bei der PVS BIO fast alles abgewickelt und erledigt.

Noch offen ist aber die Klärung der Frage, ob die Gemeinde Schadenersatzansprüche hat. Wir schulden es den Steuerzahlern, die Frage zu klären. Ich finde positiv, dass der Gemeinderat bereit ist, das Gutachten erstellen zu lassen. Er hat auch Überlegungen zum weiteren Vorgehen gemacht. Ich teile diese Überlegungen zwar nur bedingt. In der ganzen langjährigen Geschichte um die PVS BIO haben gerade auch fehlende Transparenz und das Zurückhalten von Informationen dazu beigetragen, dass die Gemeinde Ostermundigen nun so extrem hohe Kosten stemmen muss. Ein Stück weit scheint der Gemeinderat das auch verstanden zu haben - aber leider nur ein Stück weit:

- Er sagt zwar, dass er dem Grossen Gemeinderat und der Öffentlichkeit keine Informationen vorenthalten will - von einer Publikation zu einem späteren Zeitpunkt ist aber keine Rede, er lehnt diesen Punkt der Motion ersatzlos ab
- Er sagt zwar, dass er die Geschäftsprüfungskommission einbeziehen will - aber schlägt auch dazu nichts Konkretes vor
- Auch zur einen Vorgehen auf dem Klageweg oder auf dem Weg eines Vergleiches, falls das Gutachten aufzeigen sollte, dass das möglich und sinnvoll ist, sagt er nichts.

Das ist zu wenig und zu schwammig. Ich finde, dass wir den Gemeinderat auf ein konkretes Vorgehen behaften müssen. Sonst befürchte ich, dass nicht viel geschieht. Deshalb habe ich folgende Abänderungen formuliert (gemäss Art. 53 Abs. 6 der GO GGR):

Der Gemeinderat wird beauftragt:

1. *(Der erste Punkt ist unverändert);*

2. *die Auftragsformulierung und die Ergebnisse des Gutachtens der Geschäftsprüfungskommission vorzulegen. Gemeinderat und Geschäftsprüfungskommission entscheiden auf der Basis des Gutachtens gemeinsam darüber, ob Klagen oder Vergleichsverhandlungen einzuleiten sind. Sie achten dabei darauf, dass möglichst keine Verjährungsfristen verpasst werden;*
3. *das Gutachten und seine Überlegungen zur allfälligen Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen dem GGR zu unterbreiten.*

Ich hoffe damit, die Überlegungen des Gemeinderats miteinbezogen zu haben.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Vielen Dank für die Abänderung des Wortlautes sowie die Ausführungen. Der Gemeinderat kennt bei dem Vorgehen keine Grenzen. Einer der Hauptpunkte ist das Spannungsfeld "was gibt man zu welchem Zeitpunkt nach Aussen?" Deshalb hat sich der Gemeinderat auf den erwähnten Vorgehensvorschlag festgelegt. Der Gemeinderat will keine Informationen zurückbehalten. Er will jedoch nicht das ganze Pulver bereits im Vorfeld verschiessen. Je nach dem was aufgedeckt wird, muss der Gemeinderat die Verhandlungen aufnehmen.

Aus der Sicht des Gemeinderates stellt der erste Punkt kein Problem dar. Die Punkte zwei und drei sollten zusammen mit der Geschäftsprüfungskommission gelöst werden können.

Lucia Müller (SVP): Ich habe noch eine Frage: Hier soll für eine Untersuchung relativ viel Geld ausgegeben werden. Ich möchte gerne wissen, in welchem finanziellen Rahmen wir uns hier bewegen? Wie gross sind die Chancen, dass wir da finanziell etwas zurückholen können - gewünscht wird eine grobe Einschätzung?

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die erste Frage kann "einfacher" beantwortet werden. In der Botschaft werden auf Seite 3 - Kapitel 1.2. - die Kosten dargelegt. Aufgrund des Gutachtens werden die Folgekosten bekannt. Wir haben Angaben von Spezialisten. Die Kredite sollten in der Finanzkompetenz des Gemeinderates zu liegen kommen. Je nach dem Ausfall des Gutachtens kann die Finanzkompetenz in den Zuständigkeitsbereich des Grossen Gemeinderates fallen. In diesem Fall müsste der Gemeinderat ein Nachkredit einreichen. Zum jetzigen Zeitpunkt können keine fixen Kostenangaben gemacht werden.

Zur zweiten Frage betreffend Eintretenswahrscheinlichkeit: Ein eventuell erfolgreicher Abschluss mit finanziellen Rückvergütungen können erst die beauftragten Fachleute in Aussicht stellen. Schadenersatzansprüche können erst zu einem späteren Zeitpunkt festgehalten werden.

Christian Zeyer (SP): Irgendwie stellen wir hier die falsche Frage. Es stellt sich hier die Frage der ... *(der Fachausdruck ist auf dem Tonband nicht verständlich)*. Wenn hier Unrecht bzw. falsche Entscheide getroffen worden sind, dann müssen diese zurecht gestellt werden. Dieser Auftrag muss die Gemeinde Ostermundigen wahrnehmen. Wenn keine Untersuchung durchgeführt wird, dann tritt die Wahrscheinlichkeit, dass nicht sauber gearbeitet wird, unweigerlich in den Vordergrund.

Ernst Hirsiger (SVP): Aus der Fragestellungen von Luzia Müller (SVP) habt ihr sicher schon bemerkt, dass wir diese überparteiliche Motion sehr kontrovers diskutiert haben. Wir konnten keine einheitliche Meinung bilden und deshalb haben wir uns für die Stimmfreigabe entschieden.

Ich persönlich bin Mitunterzeichner der Motion. Ich werde auch den neuen Wortlaut unterstützen.

Renate Bolliger (EVP): Noch etwas Grundsätzliches:

① **Wir wären froh, wenn die Mitunterzeichnenden in der Botschaft ebenfalls erwähnt werden!**

Wir von der EVP/CVP-Fraktion haben Verständnis für den Vorstoss. Klar ärgert es, dass wir Steuerzahler, infolge von Fehleinschätzungen der Verantwortlichen von damals so viel Geld aufwenden müssen, und dass die Schuldigen nicht zur Kasse gebeten werden.

Aber wir von der EVP/CVP-Fraktion denken, wir sollten einen Schlusstrich unter die Geschichte ziehen.

Um Experten zu beauftragen, die Schadenersatzansprüche geltend machen, dies kostet wiederum einiges an Geld. Und die grosse Frage ist: Werden diese erfolgreich sein? Bisher war es schwierig, geeignete Fachleute zu finden. Diese wollen sich wohl die Finger nicht verbrennen.

Wir denken, dass es kaum möglich sein wird, die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen. Konzentrieren wir uns doch auf die Zukunft, mit der PVK sind wir mit einem blauen Auge davon gekommen. Lassen wir das "Gestürm" doch hinter uns. Auch wenn es vielleicht nicht korrekt ist, aber wir denken, es bringt uns mehr, wenn wir jetzt in die Zukunft schauen und das Pensionskassendebakel Geschichte sein lassen.

Daher wird die EVP-CVP-Fraktion die Motion ablehnen.

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich verlese nochmals den korrigierten Wortlaut der überparteilichen Motion:

Der Gemeinderat wird beauftragt:

1. *(Der erste Punkt ist unverändert);*
2. *die Auftragsformulierung und die Ergebnisse des Gutachtens der Geschäftsprüfungskommission vorzulegen. Gemeinderat und Geschäftsprüfungskommission entscheiden auf der Basis des Gutachtens gemeinsam darüber, ob Klagen oder Vergleichsverhandlungen einzuleiten sind. Sie achten dabei darauf, dass möglichst keine Verjährungsfristen verpasst werden;*
3. *das Gutachten und seine Überlegungen zur allfälligen Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen dem GGR zu unterbreiten.*

Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 21 zu 13 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Motion betreffend Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen der Gemeinde Ostermundigen aufgrund des Debakels der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) wird im Wortlaut abgeändert und erheblich erklärt.

10.3.74 Interpellationen
20.9.01 Pensionskasse

133. Überparteiliche Interpellation zur Liquidation der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO); schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Sind die Interpellanten mit der Beantwortung zufrieden?

Colette Nova (SP): Ich danke für die Antwort. Inhaltlich bin ich nur teilweise zufrieden:

- Ich bin erstaunt, wie man nun mit den Immobilien umgeht. Es ist noch nicht lange her, da waren diese Immobilien «heilig», zählten nur sie. In der politischen Debatte, auch hier drin und bei zwei Abstimmungskämpfen, wurden die Immobilien als Argument für die Beibehaltung der PVS BIO und für den Anschluss an die PVK benutzt. Es war zwar immer ein unsachliches Argument. Aber jetzt, wo die Gemeinde sich an die PVK Bern angeschlossen hat, werden sie sang- und klanglos verkauft. Das finde ich seltsam.
- Die Antwort auf die Frage 7 ist ausweichend. Dieser Punkt macht mir Sorge. Der Ausweis beim letzten Budget war ja schon nicht fachlich korrekt. Ich erwarte vom Gemeinderat, dass er sich an den Volksbeschluss hält und dass er den Grosse Gemeinderat und die StimmbürgerInnen laufend und vollständig informiert. Ich werde sonst nachhaken.

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Interpellation zur Liquidation der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) wird schriftlich beantwortet.

10.3.74 Interpellationen
13.2.04 Rothus

134. Interpellation Fraktion SP/Grüne betreffend Kündigung Christophorus-Schule; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Sind die Interpellanten mit der Beantwortung zufrieden?

Rudolf Mahler (SP): Die Interpellanten danken für die Beantwortung. Die Interpellationsantwort befriedigt die Interpellanten allerdings gar nicht.

Es wurde in der Interpellation die folgende Frage gestellt (Frage 2): *«Kann die Kündigung überhaupt rechtens sein, wenn damit eine Ausgabe von 1.5 Mio. Franken verbunden ist, die nur das Parlament bewilligen kann, das Parlament aber nie die Gelegenheit hatte, sich dazu zu äussern.»*

Diese Frage ist nicht beantwortet. Ein Verweis auf Punkt 3 reicht hier nicht, weil dort nicht auf die Frage eingegangen worden ist, ob eine Kündigung rechtens sein kann, wenn damit eine Ausgabe von CHF 1,5 Mio. verbunden ist, die nur das Parlament bewilligen kann, das Parlament aber nie die Gelegenheit hatte, sich dazu zu äussern.

Dass ein rechtliches Gutachten zur Rechtmässigkeit der Kündigung angefertigt worden ist, kann mich nicht beruhigen, weil:

1. Es liegt uns nicht vor.
2. Es kommt sehr darauf an, welchen Auftrag man dem Rechtsanwalt gibt und wie genau man ihn in die Vorgeschichte einweicht.
3. Schliesslich ist es nicht so, dass eine rechtliche Abklärung abschliessend ist. Man weiss es: 2 Juristen, 3 Meinungen. Ein abschliessendes Urteil über diesen Sachverhalt müsste wahrscheinlich das Verwaltungsgericht fällen.

Und jetzt kommt der Punkt: Seit Dezember 2016 weiss das Departement Bildung, Kultur, Sport, dass das Parlament unbedingt mehrere Varianten der Schulraumbeschaffung will, um dann das beste Angebot auswählen zu können. Die Variante Rothus, die als einzige verfolgt wurde, scheint weder die günstigste noch die beste für Ostermundigen Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu sein.

① Unsere Forderung heisst weiterhin: Halt, Sichern!

Weil es jetzt zu spät ist, die seit 2016 geforderten Varianten zu untersuchen und die Christophorus Schule jetzt Gewissheit haben muss, muss man die Kündigung zurückziehen und mit der C.-S. einen langfristigen Mietvertrag über z. B. 25 Jahre aushandeln.

Das wird für Ostermundigen finanziell sicher interessant, denn die Christophorus-Schule mietet das ganze Schulgebäude, weil sie ebenfalls von höheren Schülerzahlen ausgeht.

Und dann geht es darum, eine gute und zukunftsfähige Lösung für Ostermundigen zu suchen, allenfalls mit Modulbauten, wie das viele Gemeinden machen, die in derselben Lage sind wie Ostermundigen.

Ich stelle hiermit den **Ordnungsantrag**

auf Diskussion.

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Wir nehmen die Abstimmung um Diskussion mittels Ordnungsantrag sofort vor.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag von Rudolf Mahler (SP) wird mit 26 zu 2 Stimmen angenommen.

Ernst Hirsiger (SVP): Es wird zurecht bemängelt, dass sich das Parlament nicht zum Betrag der Eventualverpflichtung hatte äussern dürfen. Der Fauxpas wurde zu spät bemerkt. Also können wir nun nicht mehr gross mitreden. Wir sind mit dem Geschäft an das Gericht getreten. Das Gericht hat einen Entscheid gefällt. Die Kündigung ist nun rechtens - ob es uns passt oder nicht.

Das Rechtsgutachten bzw. die Stellungnahmen wurden den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission offen gelegt. Das Ganze sind für mich eher rechtliche Einschätzungen der Lage und kein Gutachten im klassischen Sinn. Ein Satz darin kann ich zitieren: ... *die Gemeinde Ostermundigen wird auf keine Einnahmen verzichten.* Das Schulwesen gehört in das Verwaltungsvermögen der Gemeinden. Der Verlust der Mietzinseinnahmen liegt im vorliegenden Fall in der Finanzkompetenz des Gemeinderates.

Luca Alberucci (GLP): Der guten Ordnung halber habe ich im Vorfeld vernommen, dass der Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport sich zur Schulraumplanung äussern will. Ich frage mich, ob dies nun im Zusammenhang mit der eröffneten Diskussion steht?

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Henrik Schoop (FDP): Ich kann - wenn gewünscht wird - die Orientierung vorwegnehmen:

Die Christophorus Schule Bern (CSB) muss das Rothus im Juli 2023 verlassen, weil die Gemeinde aufgrund des Schülerwachstums die Liegenschaft für die Volksschule braucht. Zu diesem Entscheid wurden verschiedene politische Vorstösse eingereicht, die den Gemeinderat dazu bewogen haben, mit der CSB das Gespräch zu suchen und die Möglichkeit einer Koexistenz-Lösung aufrecht zu erhalten. Die beiden Motionen, Erstunterzeichner Hans Peter Friedli und Erstunterzeichner Ruedi Mahler, welche an der letzten GGR-Sitzung eingereicht wurden, werden fristgerecht am 23. August 2018 beantwortet.

Für das Schuljahr 2018/19 wird gemäss Beschluss der Schulkommission/Gemeinderat das 2. Obergeschoss (ehemals BFF - 10. Schuljahr) für das Bildnerische Gestalten der sieben Klassen der Sekundarstufe 1 der Schule Mösli genutzt. Ein weiterer Raum wird mit Fachunterricht belegt. Für den Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur (HSK) und für die Musikschule steht je ein Raum zur Verfügung. Der Gemeinderat hat für den Schulbetrieb einen Kredit für räumliche Sofortmassnahmen an der Sitzung vom 26. Juni 2018 gesprochen.

Die Gemeinde Ostermundigen hat die CSB über den Stand der Planung informiert und die Kommunikation wurde mit der CSB abgesprochen. Seit der Mietvertragskündigung sucht die CSB einen neuen Standort und ist in Verhandlung und Planung mit einem Vermieter und der Gesundheits- und Fürsorgedirektion. Die CSB wird orientieren, wenn eine definitive Lösung an einem neuen Standort vorliegt. Die CSB hat seit 2016 ein grosses Schülerwachstum. Die CSB müsste deshalb entweder ein Stockwerk mehr im Rothus oder die ganze Liegenschaft übernehmen oder mit Aussenstandorten arbeiten, was nicht ideal ist. Die Gemeinde kann der CSB nicht bereits im Juli 2018 einen allfälligen Vertrag fürs Rothus unterbreiten. Zuerst müssten die Grundlagen erarbeitet werden, um entscheiden zu können, ob die Lösung mit Erweiterungsbauten im Rothus für eine gemeinsame Nutzung machbar und sinnvoll ist. Die Überprüfung wäre nicht vor Dezember 2018 abgeschlossen.

Der Gemeinderat hält solange an der Wiederinbetriebnahme der Schulanlage Rothus fest und erteilt den Auftrag, die Kosten für die baulichen Anpassungen für den Schulbetrieb und den Betrag für die Entschädigung der Investitionen an die CSB zu ermitteln. Der Gemeinderat wird dem Grossen Gemeinderat, wie an der letzten GGR-Sitzung bereits informiert wurde, verschiedene Varianten zur Schulraumplanung unterbreiten, damit die beste Lösung für den zusätzlichen Platzbedarf für eine gute Volksschule und zeitgemässen Unterricht gefunden werden kann.

Rudolf Mahler (SP): Eine Anmerkung zum Votum von Ernst Hirsiger (SVP). Du hast erwähnt, dass dies nun einmal so geschehen ist und wir nicht rechtzeitig reagiert haben. Das Problem liegt darin, dass der Grosse Gemeinderat gar nicht reagieren konnte. Dies ist genau das Problem hier. Die Frist ist vorbei, damit bin ich absolut einverstanden. Doch ohne Kenntnis von einer Angelegenheit kann ich gar nicht rechtzeitig reagieren.

Zum Votum von Henrik Schoop (FDP) kann ich nur erwähnen, dass die überparteiliche Interpellation im 15. Dezember 2016 eingereicht worden ist; also im Dezember 2018 sind zwei Jahre vergangen. Es stand genügend Zeit zur Verfügung, um das jetzt geplante bereits bis dato vorzunehmen. Hier steht der Vorwurf im Raum, dass der Gemeinderat hier auf Zeit spielen will. Die CSB kommt langsam in eine Notsituation mit einem Standortwechsel. Viele Gemeinden haben Probleme mit den Platz (Munzinger Schule in Bern). Mit Minergie zertifizierten Modulbauten kann da Abhilfe geschaffen werden. Die Schulräume sind 75 m² gross. Die vielen Nebenräume sowie die Gruppenräume sind ebenfalls vorhanden. Das Ganze kostet CHF 2,7 Mio.. Die Heizkosten sind billiger, da die Modulbauten super isoliert sind.

Die Gemeinde Ostermundigen will lieber in die Schulanlage Rothus zurückkehren. Eine Schule, welche in den 50er-Jahren gebaut wurde. Die Zimmer sind 59 m² gross. Die Umbauten werden ein Mehrfaches kosten. Der Grosse Gemeinderat wird Kredite sprechen müssen, da es einmal mehr verpasst wurde, eine vernünftige Lösung anzustreben. Noch ist es nicht zu spät, jetzt der CSB einen Mietvertrag über 25 Jahre anzubieten und eine selbständige Lösung mit Modulbauten zu errichten.

Colette Nova (SP): Ich möchte dem Gemeinderat aus dieser schmerzlichen Debatte etwas mit auf den Weg geben. Ich kann durchaus verstehen, dass das Schulhaus nicht mehr selber gebraucht und fremdvermietet wurde. Laut der Gemeindeordnung ist der Gemeinderat für

den Abschluss von Miet- und Pachtverträge von gemeindeeigenen Grundstücken und Liegenschaften zuständig. Wenn dereinst wieder so ein Fall von einem Mietvertrag vorliegt, welcher eine recht grosse Entschädigung nach sich zieht, so sollte das Geschäft dem Parlament vorgestellt werden. Als dann ist der Grosse Gemeinderat im Bilde und die grossen Überraschungen können eliminiert werden.

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Es liegen keine weiteren Voten mehr; die Diskussion ist beendet und wir fahren mit den restlichen Traktanden fort.

B e s c h l u s s

Die Interpellation Fraktion SP/Grüne betreffend Kündigung Christophorus-Schule wird schriftlich beantwortet.

10.3.74 Interpellationen
13.6.11 Zuweisung Sekundarstufe I

135. Überparteiliche Interpellation betreffend der tiefen Sek-Quote in Ostermundigen: was kann die Gemeinde tun?; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Thulani Thomann (SP): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Sind die Interpellanten mit der Beantwortung zufrieden?

Judith Hangartner (Grüne): Vielen Dank für die Beantwortung. Die Interpellation darf nicht aus Misstrauensvotum gegenüber der engagierten Lehrerschaft verstanden werden. Nichts desto trotz bin ich mit der gemeinderätlichen Beantwortung nicht zufrieden. Ich habe heute eine gute Aussage zu diesem Thema in Zürich vernommen:

Es gibt kaum einen Befund der Bildungsforschung, der so gut erforscht ist und zu dem die Resultate so eindeutig sind wie zur Reproduktion von sozialer Ungleichheit.

Es ist ein schwieriges Thema, kein Misstrauensvotum gegen die gutmeinenden und engagierten Lehrpersonen. Ich bin mir bewusst, dass da komplizierte Mechanismen und Prägungen am Werk sind.

Ich hätte jedoch erwartet, dass die Antwort auf unsere Interpellation etwas zu den Bemühungen der Schule sagt, benachteiligte SchülerInnen, mit den vom Kanton gesprochenen Ressourcen besonders zu fördern (ich bin sicher, es gibt diese).

Ich hätte auch eine Auseinandersetzung mit dem stossenden Befund erwartet, dass auch im Kanton Bern ein Kind aus einem bildungsfernen Milieu bei mittelmässigen Leistungen eine relativ grosse Wahrscheinlichkeit hat, in der Realschule zu landen. Während ein Kind aus einer privilegierten Schicht mit denselben Leistungen mit grosser Chance in der Sek oder dem Gymnasium selektioniert wird. SchülerInnen mit einem Realabschluss - auch wenn die Leistungen gegenüber einem Sekundarschüler gleich gut sind - haben jedoch erheblich weniger Chancen für ihre spätere Berufslaufbahn.

Die Antwort zeigt keine Überlegungen auf, was die Schule tun könnte, um diese Problematik zu entschärfen.

Im Gegenteil, die Antwort des Gemeinderates kehrt die Perspektive um, und macht die von sozialer Ungleichheit benachteiligten Kinder verantwortlich für die Selektion. Das zeigt nicht nur eine Ignoranz gegenüber der Forschung, es ist auch beschämend.

Nur noch zwei ganz kurze Bemerkungen:

- ① Andere Gemeinden steuern ihre Selektionsquote, sie wurde in vielen grösseren Gemeinden im Kanton Bern sukzessive angehoben.
- ① Durchlässigkeit: bei 1-2 SchülerInnen pro Jahr, die wechseln, kann man kaum von Durchlässigkeit sprechen.

Die Frage der Selektion ist auch in Zusammenhang mit Schulraumplanung und Klassenorganisation wichtig. Wir werden uns weitere politische Vorstösse zu diesem Thema überlegen.

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Interpellation betreffend der tiefen Sek-Quote in Ostermundigen: was kann die Gemeinde tun? wird schriftlich beantwortet.

136. Orientierungen des Gemeinderates

10.3.73 Postulate

a) **Postulat FDP/FORUM-Fraktion betreffend Zusammenarbeit über die Gemeindegrenze hinaus; Verschieben der Beantwortung auf GGR-Sitzung am 23. August 2018**

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Der im Februar 2018 eingereichte politische Vorstoss wurde an der gemeinderätlichen Klausurtagung am 25. Mai 2018 eingehend besprochen. Die Frist für die Behandlung an der heutigen GGR-Sitzung war zu knapp. Ich habe mich mit dem Erstunterzeichner abgesprochen. Das Verpasste wird am 23. August 2018 nachgeholt. Ein weiterer Vorstoss zur Zusammenarbeit der Gemeinden wird ebenfalls an dieser Sitzung traktandiert.

10.3.72 Motionen

b) **Schulraumplanung**

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Henrik Schoop (FDP): Die Beantwortung kann im Geschäft Nr. 134 nachgelesen werden.

Des Weiteren möchte ich auf die GPK-Sitzung vom 20. Juni 2018 verweisen. Die Ausführungen zu der "überparteiliche Motion betreffend Schulraumplanung" sowie "überparteiliche Motion betreffend Kündigung Christophorus Schule Bern" können im Protokoll (ab Seite 190 ff) nachgelesen werden.

Anmerkung des Protokollverfassers:

Der Disput Gemeindepräsident --> GPK-Präsidentin --> Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport kann nicht protokolliert werden. Die Aussagen wurden vom Platz aus gemacht. Die Aussagen wurden vom Tonband unverständlich aufgenommen!

10.3.74 Interpellationen
40.6.2.00 Allgemeines (früher: 40.621)

137. Interpellation SVP-Fraktion betreffend Werbeflächen auf Kehrlichfahrzeugen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Die Gemeinde generiert mit Werbeaufnahmen auf den Ostermundiger Kehrlichfahrzeugen Einnahmen. Aktuell ist Werbefläche frei. Offenbar sind einige Werbende aber willkommener als andere. Die SVP erhielt auf ihre Anfrage nach den genauen Konditionen nicht einmal eine Offerte.

Wir ersuchen den Gemeinderat daher um Antwort auf die folgenden

Fragen

1. Hat der Gemeinderat Kenntnis davon, dass die Abteilung Tiefbau und Betriebe es abgelehnt hat, der SVP Werbefläche auf den Kehrlichwagen zu verkaufen?
2. Auf welche Rechtsgrundlage stützt sich die Antwort der Abteilung Tiefbau und Betriebe?
3. Kann der Gemeinderat nachvollziehen, dass die SVP den Verdacht hegt, dass die Antwort anders ausgefallen wäre, wenn es sich um einen anderen Verein gehandelt hätte?
4. Teilt der Gemeinderat die Ansicht, dass die Gemeinde widersprüchlich handelt, wenn sie einerseits die politischen Parteien mit Beiträgen zu den Wahl-Unkosten und Gratisplakatständern unterstützt und in den Vernehmlassungsverfahren wie übrige Vereine behandelt, es aber ablehnt, Werbefläche auf den Kehrlichwagen zu verkaufen?

sig: Lucia Müller (SVP), E. Hirsiger, M. Studer, W. Zysset, H.P. Friedli, H.R. Hausammann, Y. Buchter, R. Schneiter, H. Wipfli

10.3.73 Postulate
15.0.53 Parlamentarische Vorstösse

138. Postulat SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend kulturellen Veranstaltungen in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang inkl. Erheblicherklärung

Wortlaut

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, wie die kulturellen Veranstaltungen in Ostermundigen (beispielsweise Park-Konzepte, Bundesfeier u.a.) künftig organisiert werden und das Angebot gewährleistet bleibt.

Frage

Im Verwaltungsbericht 2017 stellt der Gemeinderat unter anderem die Arbeit der Fachkommission Kultur dar (Seite 26). Diese hat im letzten Jahr zahlreiche Veranstaltungen mitorganisiert (Neujahrsapéro, Bundesfeier, Verleihung des Kulturpreises, Park-Konzerte etc.) Im Zuge der Budgetverhandlungen für 2018 wurde beschlossen, die Fachkommission Kultur weg zu sparen. Damit bleibt offen, wie die zahlreichen Veranstaltungen in Ostermundigen fortan organisiert werden. Wer garantiert, dass Ostermundigen kulturell nicht zur Wüste wird?

sig. Bettina Fredrich (parteilos/SP), P. Zeyer, R. Mahler, J. Weishaupt, H. Ögüt, Chr. Zeyer, P. Lindenmann, J. Hangartner, C. Nova.

Anmerkung des Protokollverfassers

Das Postulat ist bereits erheblich erklärt worden. Die Beschlussfassung siehe Seite 125 (Traktandum Nr. 123 - Verwaltungsbericht 2017) und lautet wie folgt:

B e s c h l u s s :

Der parlamentarische Neueingang "Postulat Fraktion SP/Grüne/Gewerkschaften betreffend kulturellen Veranstaltungen in Ostermundigen" wird erheblich erklärt.

10.3.74 Interpellationen
20.5.12 Steuern

139. Überparteiliche Interpellation betreffend "Aus der Vergangenheit lernen"; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Die Analyse der Rechnung 2017 wirft einige Fragen auf, zu denen wir vom Gemeinderat zusätzliche Antworten erfragen.

Steuereinnahmen

In der Rechnung wird ausgewiesen dass die Steuereinnahmen der natürlichen Personen nun endliche zugenommen haben. Die Zunahme der Steuererträge auf Grund des Gemeindegewachstums wurde in vergangenen Jahren immer wieder als der Ausweg aus den Finanzproblemen der Gemeinde gepriesen. Im Sinne einer Rechenschaftslegung bitten wir den Gemeinderat, die vergangen Prognosen bezüglich Wachstum der Einwohner und Wachstum der Steuereinnahmen mit dem Ist-Zustand zu vergleichen und folgende **Fragen** zu beantworten.

1. In wie fern sind die Prognosen bezüglich Einwohnerwachstum eingetroffen?
2. In wie fern sind die Prognosen bezüglich Steuerwachstum eingetroffen?
3. Wurde die Korrelation zwischen Einwohnerwachstum und Steuerentwicklung richtig vorausgesagt?
4. Wie beurteilt der Gemeinderat heute die damalige Aussage, mehr Einwohner würden nicht dazu führen, dass auch signifikant mehr Kosten entstehen?
5. Wie wirkte sich die eingetretene Entwicklung tatsächlich auf die Gemeindefinanzen aus?
6. In wie fern berücksichtigen die neuen Prognosen die Erfahrungen aus der Vergangenheit?

Ausgaben

In der Rechnung wird ausgewiesen, dass die Verbesserung des Abschlusses sich aus unbesetzten Stellen und nicht getätigten Investitionen ergeben. Diese Aussagen erinnern an das Verhalten des Gemeinderat in den neunziger Jahren, als aus Sparüberlegungen wichtige Investitionen aufgeschoben wurden. Das Schulhaus Dennigkofen, welches über Jahre eingerüstet war weil Befürchtungen bestanden, dass SchülerInnen von herunterfallenden Fassadenteilen getroffen werden könnten, ist in schlechter Erinnerung. In diesem Zusammenhang stellen wir folgende **Fragen**

7. Gibt es einen Bericht, welcher aufarbeitet, was die Mehrkosten sind, welche durch die damalige Politik entstanden sind, bei der notwendige Investitionen aufgeschoben wurden.
8. Ist es korrekt, dass die Gemeinde sowohl im Hochbau, wie auch im Strassenbau notwendige Investitionen aufschiebt und damit eine ähnliche Situation provoziert wie in den Neunzigerjahren.
9. In wie fern unterscheidet sich die heutige Situation von der damaligen Situation.
10. Was hat der Gemeinderat aus der damaligen Situation für Schlüsse gezogen und wie fliessen diese in die heutige Situation ein?

sig. Christian Zeyer (SP), P. Zeyer (parteilos), J. Weishaupt, R. Mahler, B. Fredrich (parteilos,, C. Nova, R. Saibaven, J. Hangartner (Grüne), P. Lindenmann, L. Alberucci (GLP), D. Züllig von Allmen (GLP)

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Der Präsident:

Die stv. Ratssekretärin:

Thulani Thomann

Brigitte Flück

Der Stimmzähler:

Der Stimmzähler:

Adrian Tanner

Gerhard Zaugg

Der Protokollverfasser:

Jürg Kumli

PENDENZENLISTE AB 2015

o = offen, e = erledigt, ne = offen, sollte erledigt sein

Ax #	Titel	Start	Ende	Zuständig	Kommentar	Status
2385	<i>Interpellation C. Luyet (GLP) betreffend Benachteiligung Ostermundigens durch FILAG</i>	<i>07.05.15</i>	<i>30.11.15</i>	<i>FS</i>	<i>Beantwortung Regierungsrätin B. Simon noch ausstehend</i>	<i>ne</i>
2346	<i>Überparteiliche Motion betreffend politische Integration von Jugendlichen</i>	<i>12.02.15</i>	<i>31.12.16</i>	<i>PRÄ</i>	<i>Nächste Revision GO dem GGR Vorschläge zur Einführung einer Jugendmotion und -postulat unterbreiten</i>	<i>ne</i>
2460	<i>Budget; Beschreibung der Investitionsvorhaben</i>	<i>12.11.15</i>	<i>30.11.16</i>	<i>FS</i>	<i>Einheitliche Gestaltung nach CD/CI. Nur noch auf Homepage aufschalten (--> nicht mehr in Papierform!)</i>	<i>ne</i>
2460	<i>Budget 2016; neue Beschlusseziffer Nr. 4</i>	<i>12.11.15</i>	<i>30.11.16</i>	<i>FS</i>	<i>Wie soll der Ausgleich erfolgen?</i>	<i>ne</i>
2103	<i>Verwaltungsbericht 2015: Motion betr. Kinderschutz durch Verkehrssicherheit bei der Schule Rüti</i>	<i>25.08.16 18.05.17 28.06.18</i>	<i>31.05.17</i>	<i>ÖS</i>	<i>Abschreibung abgelehnt.</i>	<i>ne</i>
2719	Ortsplanungsrevision: O'mundo	15.12.16 03.05.18	31.12.19	PRÄ	Raumentwicklungswegweiser 2025+ (siehe auch www.omundo.ch)	o
3347	Jahresrechnung 2017	28.06.18	31.10.18	PRÄ	Finanzkompetenzen Sitzungsgelder	o